

# Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Deutscher Realschullehrer  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

## Reif für die Berufswelt!



## Reale Bildung stärken

### Zukunft junger Menschen sichern

Personalräte-  
Fortbildung  
Termine  
im Heft

**Kleine Realschulen plus:** Gespräch mit SPD-Landtagsfraktion

**Perspektive FOS:** Erster Jahrgang mit Fachabitur

**Befristete Beschäftigung:** Lehrer als Saisonarbeiter

**Schuldenbremse:** Beamte tragen Hauptlast

**Landesdelegiertentag:** Lehrergesundheit

## Liebe Leserinnen und Leser,



Stillstand ist nicht unsere Sache und auf den guten Ergebnissen der Personalratswahlen ruhen wir uns nicht aus. Der deutlich gewachsene Zuspruch unserer Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ist für uns vielmehr Ansporn und Motivation, unsere konsequente und pragmatische Verbandsarbeit weiterzuführen.

Dabei haben wir die „reale“ Lebenswirklichkeit unserer Schülerinnen und Schüler sowie die daraus resultierenden „realen“ Erfordernisse für Unterricht und Schulen fest im Blick. „Reale Bildung stärken“ lautet darum auch der Titel unserer ak-

tuellen Ausgabe. Lesen Sie nach, warum die Forderung der OECD und einiger Gewerkschaften, „mehr Abiturienten, mehr Studenten und mehr Akademiker“ zu „produzieren“, in der Realität eben nicht zu mehr Chancengerechtigkeit für unsere Kinder und Jugendlichen führt.

Viele rheinland-pfälzische Bildungsbiografien beweisen, dass beruflicher Erfolg und sozialer Aufstieg gerade durch „Reale Bildung“ ermöglicht wurden und werden. In unserem Interview mit Clifford Jordan, einem Vorstandsmitglied der VR Bank Südpfalz, erfahren Sie, warum die Bank Schulabgänger mit dem Abschluss Mittlere Reife gerne als Auszubildende einstellt und warum der ehemalige Realschüler Jordan fordert, Eltern müsse zu mehr Orientierung verholpen werden, welche Möglichkeiten ihren Kindern nach der Grundschule offen stehen.

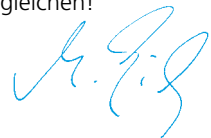
Eine Erfolgsgeschichte „Realer Bildung“ ist die Fachoberschule (FOS), die Aufstiegsorientierung in der gelungenen Verbindung von Allgemeinbildung und Berufspraxis gewährleistet und dadurch sowohl Ausbildungsreife als auch Studierfähigkeit ermöglicht. Dieser Erfolg ist primär dem Engagement und den Pionierleistungen der Kolleginnen und Kollegen in den Fachoberschulen zu verdanken. Aus diesem Grund lassen wir nach dem ersten „Durch-

gang“ FOS-Schüler, FOS-Lehrkräfte und FOS-Koordinatoren zu Wort kommen, die ein durchweg positives, aber keineswegs blauäugiges Fazit ziehen.

Die KlarText-Kolumne ist inzwischen zu einem Markenzeichen unseres Verbandsmagazins geworden. Hier messen wir, in welchem (Miss-)Verhältnis Bildungs(ge)rede und Bildungsrealität stehen. „Real“ steht in keinem Verhältnis mehr, was uns Lehrkräften einerseits aufgeschultert und was uns andererseits hierfür an (auch materieller) Wertschätzung entgegengebracht wird – das macht der KlarText zum Thema Schulfahrten deutlich.

Liebe Leserinnen und Leser, Stillstand ist nicht unsere Sache – ebenso wenig wie Aktionismus. Die Verbindung von beiden ist besonders gefährlich. Hinterfragen Sie kritisch, ob sich beispielsweise hinter der Forderung nach der Abschaffung bestimmter Schularten nicht doch nur der eigene Stillstand in Form von Konzept- und Inhaltslosigkeit verbirgt. Mit unserer Forderung „Reale Bildung stärken“ setzen wir bewusst auf eine inhaltliche Weiterentwicklung von Realschule plus und Integrierter Gesamtschule. Liebe Leserinnen und Leser, auch nach der Wahl sollten Sie vergleichen!

Herzlichst,



### Impressum

#### Herausgeber

VDR Verband Deutscher  
Realschullehrer  
Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V.

#### Landesvorsitzender

Bernd Karst  
Grolsheimer Weg 5  
55411 Bingen  
Tel: 0 67 21 / 99 49 99  
karst.bernd@vdr-rlp.de

#### Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12 / 965 73 31  
landeskassierer@vdr-rlp.de

#### Redaktion

Michael Eich  
Trifelsstraße 1a  
76751 Jockgrim  
Tel: 0 72 71 / 12 92 74  
eich.michael@vdr-rlp.de

#### Layout

Daniela Boudgoust  
www.bizzdesign.de

#### Auflage

5.000 Stück

#### Druck

flyeralarm GmbH Würzburg

#### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

#### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

#### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (eich.michael@vdr-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2012.

## Reale Bildung umfasst die ganzheitliche Bildung

Auf einer Tagung des Bankenverbandes am 10. Juni 2013 in Berlin stimmen alle Experten darin überein, dass es in der Schule an Ökonomischer Bildung mangelt. Dieser Konsens endete jedoch, wie dem Tagungsbericht zu entnehmen ist, bereits bei der Frage nach der schulischen Umsetzung. An den meisten Schularten wird „Ökonomie“ ausschließlich – mehr oder weniger – fächerübergreifend unterrichtet. Ein Diskussionspunkt auch in Berlin war daher der Dauerstreit in der Frage, ob ein eigenes verpflichtendes Unterrichtsfach eingeführt werden soll. (<http://bankenverband.de/veranstaltungen/gespraech-in-der-burgstrasse/defizite-in-der-oekonomischen-bildung-2013-was-tun/defizite-in-der-oekonomischen-bildung/>)

Dass Ökonomische Bildung in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert besitzt, zeigt sich an vielen Beispielen, Projekten, Unterstützungsangeboten und Richtlinien. Auf dem Bildungsserver der Landesregierung werden diese umfassend beschrieben.

Die Realschule plus praktiziert die Ökonomische Bildung im verpflichtenden Wahlpflichtfachangebot „Wirtschaft und Verwaltung“, als Unterrichtsprinzip in allen Wahlpflichtfächern, vielerorts zusätzlich in einem schuleigenen Wahlpflichtfach „Ökonomie“ und darüber hinaus generell auch fächerübergreifend. Der VDR unterstützt und fördert diese Angebote, weil sie zu den Kernaufgaben der Realschule plus gehören. Auch die Gesamtschulen haben ein korrespondierendes Profil.

Reale Bildung wird häufig auf Ökonomische Bildung reduziert. Die Ökonomische Bildung ist ein wichtiger Aspekt, aber lediglich ein Teilbereich der Realen Bildung. Reale Bildung hingegen ist ganzheitlich prägend. Sie zielt multiperspektivisch auf geistige, kulturelle und lebenspraktische Fähigkeiten sowie auf soziale und personale Kompetenzen. Diese Fähigkeiten und Kompetenzen sind nicht losgelöst von Inhalten, Zielen und Werthaltungen. Der VDR verknüpft daher mit der Realen Bildung eine konsequente Werteorientie-

rung, eine breit ausgerichtete Differenzierung und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken. Vor diesem Hintergrund gehören u. a. Erziehungsinitiativen, individuelle Förderung, Schulklima und schulische Arbeitsbedingungen zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen Realen Bildung.

Reale Bildung wird eng mit dem VDR verknüpft. Reale Bildung prägt die Geschichte unseres Verbandes. Mit der Schulstrukturveränderung haben die Bedeutung und Aufgabenvielfalt der Realen Bildung stark zugenommen. Dies gilt gleichermaßen für die gestiegene Wertigkeit, die der Realen Bildung in der Wirtschaft und Gesellschaft beigemessen wird. Eine vergleichbare Wertschätzung seitens des Dienstherrn gegenüber Lehrkräften, die für die Vermittlung der Realen Bildung verantwortlich sind, lässt allerdings (noch) zu wünschen übrig. Diesen Widerspruch endlich aufzuheben, ist eine Forderung, die wir mit Nachdruck auch an die Landesregierung richten. Die Zeit für einen entsprechenden Politikwandel hat längst begonnen.

*Joh  
Beard Kann*



# Inhalt der Ausgabe 2/2013

## Titelthema

**Reale Bildung stärken** ..... 5

## Bildungspolitik

Pinnwand ..... 10  
 Bildungsinvestitionen in „die Köpfe unserer Kinder“ ..... 11  
 dbb Rheinland-Pfalz: Der Deckel muss weg! ..... 12  
 „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung ..... 13  
 Deutscher Lehrerverband: Demografischen Wandel für  
 bessere schulische Rahmenbedingungen nutzen ..... 13

## VDR-Verbandsarbeit



### Lehrergesundheit

#### VDR-Landesdelegiertentag

Lehrergesundheit:  
 kollegiale Herausforderung –  
 individuelle Verpflichtung  
 ..... 14

Im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion: Leitlinien für  
 den Erhalt kleiner Realschulen plus ..... 16  
 VDR: Mehr Planstellen für Schulen notwendig ..... 17  
 Bildungskarrieren in Rheinland-Pfalz:  
 Im Gespräch mit Clifford Jordan ..... 17  
 Landeshauptvorstand stellt Weichen ..... 19

## Schule in RLP

Pinnwand ..... 20



### Fachoberschule

#### Das „Heft im Heft“

Fachoberschulen:  
 Erste Absolventen mit  
 Fachabitur ..... 20

## Schule und Recht

Pinnwand ..... 30  
 Hausverbot für Schülervater ..... 31

## Beruf Lehrer

Pinnwand ..... 32  
 Sollen Lehrer zu Saisonarbeitern werden? ..... 33  
 Arbeitslos in den Sommerferien – Kettenbefristungen  
 für Lehrer arbeitsrechtlich fragwürdig ..... 33  
 VDR: Konzept für Lehrerversorgung fehlt ..... 34  
 Beamten tragen Hauptlast der Schuldenbremse ..... 35

## Lehrerbildung

Symposium zur Unterrichtsentwicklung:  
 Dr. Heinz Klippert verabschiedet ..... 37  
 Fortbildungstermine für Personalräte ..... 37

## Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand ..... 38  
 Diplom-Soziologin Nina Krämer: Kooperationsformen  
 im Schulalltag verankern ..... 39

## Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche ..... 41  
 VDR-Beitrittserklärung ..... 43

## KlarText!

Die Kolumne ..... 42



► Titelthema RBiRP

# Reale Bildung stärken

*Reif für die Berufswelt!*



Foto mitte: Wü, Foto außen: Fotolia

Seit der ersten PISA-Studie ging von bestimmten internationalen wie nationalen (Bildungs-)Akteuren nur eine Losung aus: mehr Abiturienten, mehr Studenten, mehr Akademiker ist gleich mehr soziale Gerechtigkeit, mehr sozialer Aufstieg und mehr Wohlstand für alle. Das deutsche Schulsystem sei überkommen und unmodern, ineffizient, undurchlässig, diskriminierend und sozial ungerecht. Was folgte, war eine Dekade des Umbruchs in den Schulen und Universitäten.

Und heute, zehn Jahre und eine große internationale Finanzkrise später?

Inzwischen mehren sich die Zweifel, ob Deutschland gut beraten war, sein Schul- und Universitätssystem auf höhere Abiturientenzahlen und Akademikerabschlüsse zu trimmen. Der VDR Rheinland-Pfalz fordert, sich auf die eigene Bildungstradition zu besinnen: Reale Bildung muss wieder gestärkt werden und gleichberechtigt neben der gymnasial-akademischen Bildung stehen.

## OECD – eine Wirtschaftsorganisation macht Schule

Die für die PISA-Studie verantwortliche OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist zunächst eine Wirtschaftsorganisation, die

mit ihren Analysen und Empfehlungen für ihre 34 Mitgliedsstaaten erreichen möchte, dass Handelshemmnisse und -schränken abgebaut werden. Da hiervon potenziell viele Politikbereiche, u. a. auch die Sozial- und Bildungspolitik, betroffen sind, konnte die OECD ihren Einfluss stetig ausbauen. Rein ökonomische Zielsetzungen für den Bereich Bildung sind gerade in Deutschland verpönt und wären wohl auf Widerstände gestoßen.

Die OECD ist daher bemüht, in der öffentlichen Wahrnehmung weniger als Wirtschaftsorganisation und mehr als ein Fürsprecher für Chancengleichheit im Bildungssystem wahrgenommen zu werden.

An der OECD, an ihren Messinstrumenten und -methoden sowie an ihrem Deutungsmonopol der Erhebungsergebnisse gab und gibt es reichlich Kritik. Und obwohl die OECD nie den Beweis erbringen musste, dass ihre Zielvorgaben zu messbaren Verbesserungen führen, hat sie in Deutschland einen gewaltigen Umbruch in den Schulen und Universitäten ausgelöst. Der Soziologe Richard Münch bringt die Kritik an der OECD folgendermaßen zum Ausdruck (vgl. Kasten):

*„Die transnationalen Bildungsexperten [der OECD] (...) haben das Konzept des Humankapitals zu einem einflussreichen Paradigma gemacht. Auf diesem Wege ist das Modell der möglichst breiten Einbeziehung der Bevölkerung in die Allgemeinbildung bis zur tertiären Stufe der Universitäten weltweit zu einem verbindlichen Standard geworden, ohne dass es einen Beweis dafür gäbe, dass es im Vergleich zu einem beruflich ausdifferenzierten Modell der Bildung, wie es in der deutschen Tradition entwickelt wurde, mehr Wirtschaftswachstum, umfassende soziale Inklusion oder eine stärkere Beteiligung der Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen mit sich bringt. Das angestrebte Modell ist zum Selbstzweck geworden, Kritiker, die an die Erfolge des deutschen Bildungssystems erinnern, stehen auf verlorenem Posten“.*

MÜNCH, Richard (2009): *Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA*, McKinsey & Co. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 32f.

#### OECD-Unterstützer

Die OECD hätte nie so erfolgreich Einfluss auf das Bildungssystem in Deutschland nehmen können, hätte sie nicht hierzulande bereitwillige Unterstützung gefunden. Die Motive mögen bei den jeweiligen Interessengruppen ganz unterschiedlicher

Art sein, sie haben aber alle gemein, dass ihnen die OECD und PISA sehr gelegen kamen, um ihren Einfluss zu stärken und ihre eigenen Ziele und Interessen durchzusetzen. So konnte beispielsweise die Bertelsmann-Stiftung, dahinter steht ein an Gewinnen orientiertes Wirtschaftsunternehmen, im Fahrwasser der PISA-Erhebungen ihren Zugriff auf die deutsche Bildungspolitik ständig ausbauen. An der Bertelsmann-Stiftung scheint inzwischen niemand mehr vorbei zu kommen, wenn es um die Zukunft der Bildung in Deutschland geht. Für Josef Kraus, den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, ist es „höchst fragwürdig, wie sich hier eine private Stiftung in die Bildungspolitik einmischte.“ Seine ausführliche, an konkreten Beispielen angebrachte Kritik am Einfluss der Bertelsmann-Stiftung finden Sie unter dem nachfolgenden URL: [www.lehrerverband.de/aktuell\\_Dossier\\_Bertelsmannstudien\\_Dez\\_12.html](http://www.lehrerverband.de/aktuell_Dossier_Bertelsmannstudien_Dez_12.html) (Stand: 18. August 2013, 15:30 Uhr).

Bemerkenswert ist ebenso, dass auch linke, eher als wirtschaftskritisch wahrgenommene Gewerkschaften ins gleiche Horn stoßen wie OECD und Bertelsmann. Es scheint hier eine Win-win-Situation vorzuliegen, da die inhaltlichen Forderungen Ähnlichkeiten aufweisen. Fordert zum Beispiel die OECD aus ökonomischen Motiven heraus, der Wirtschaft müssten mehr hochgebildete Arbeitnehmer mit Abitur und Hochschulstudium zur Verfügung stehen (vor allem Ingenieure), so sehen linke Gewerkschaften eine ungerechte und diskriminierende Ungleichbehandlung darin gegeben, dass nur ein

*„Fast alles, was heute ‚nach Pisa‘ diskutiert wird, steht bereits in dieser kleinen Studie aus dem Jahre 1973, alle Vorschläge, die heute als innovativ angeboten werden, finden sich – zuweilen im gleichen Wortlaut – schon dort. 40 Jahre nach den empirischen Erhebungen gilt offensichtlich genau das, was 1973 schon galt. (...) Die Texte der alten und der neuen OECD-Studien sind austauschbar – und zwar nicht nur die Rezepte, sondern auch die Analysen. In 30, in 40 Jahren hat sich laut OECD-Studien nichts verändert. Immer noch ist das bundesrepublikanische Bildungswesen „mangelhaft“, immer noch werden Begabungsreserven nicht gefördert, immer noch produziert das Bildungswesen (und nicht etwa die Gesellschaft) Ungleichheit. Jeder, der 1973, zum Zeitpunkt der ersten Studie, eine Schule besucht hat und der heute Schulen kennt, weiß, dass da etwas nicht stimmen kann.“*

LADENTHIN, Volker (2012): *Konstruieren sich Leistungsstudien ihre eigene Wirklichkeit?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. April 2012, Nr. 86, Seite 6.

Teil eines Schülerjahrgangs das Abitur und damit den Zugang zum tertiären Bildungsbereich erreicht.

### Alter Wein in neuen Schläuchen

Diese Positionen und die Forderung nach „der einen Schule für alle“ sind nicht wirklich neu. Auch die in vielen Bereichen nahezu deckungsgleichen Forderungen, welche von der OECD seit Jahrzehnten immer wieder propagiert werden, basieren nicht auf sensationellen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen (vgl. unteren Kastentext auf Seite 6). Um so erstaunlicher ist allerdings, wie viel Wirkung sie dennoch entfalten konnten.

Ohne PISA-Studie, ohne PISA-Schock und (in der Folge) ohne die Verunsicherung des „deutschen Bildungsbürgertums“ ist diese Entwicklung nicht zu erklären. Nur aus diesem Grund konnten die leicht angestaubten Rezepte von gestern in der Gegenwart neu aufgelegt werden.

Ernsthaften politischen Widerstand gab es nicht, denn Gewerkschaften und Wirtschaftslobbyisten bildeten vor allem hinsichtlich der medialen Vermarktung ein finanz- und deutungsstarkes Bündnis. Und so wurde es über die Gewerkschafts- und Parteigrenzen hinaus salonfähig, das „Abitur für alle“ zu fordern. Der Warnung, dass das Abitur nicht für alle Schülerinnen und Schüler der Königsweg der Bildung sein könne, wurde entgegengehalten: Was soll daran schlimm sein, dass alle Schüler zum Abitur geführt werden?

Nach und nach stellt sich nunmehr die Frage, ob die Jugendlichen von ihrem „Abitur“ tatsächlich profitieren. Ist das Gymnasium und das anschließende universitäre Studium tatsächlich der beste Weg für alle junge Menschen? Und ist es auch für die deutsche Volkswirtschaft ein guter Weg? Die skeptischen Stimmen, zu denen auch der VDR gehört, gewinnen in der Öffentlichkeit an Gewicht. Neuere Erfahrungen und Entwicklungen zeigen, dass der vermeintliche Königsweg Abitur und das anschließende Studium für viele junge Menschen eine Sackgasse ist.

### Trugschluss: Mehr Studierende = mehr Ingenieure für Deutschland

Laut einer aktuellen Studie der HIS (Hochschul-Informationssystem GmbH)

### Studienabbruchquote in Bachelorstudiengängen an Universitäten; Fächergruppen: Agrar-/Forst-/Ernährungswissenschaften und Ingenieurwissenschaften (Bezugsgruppe Absolventen 2010; Angaben in %)

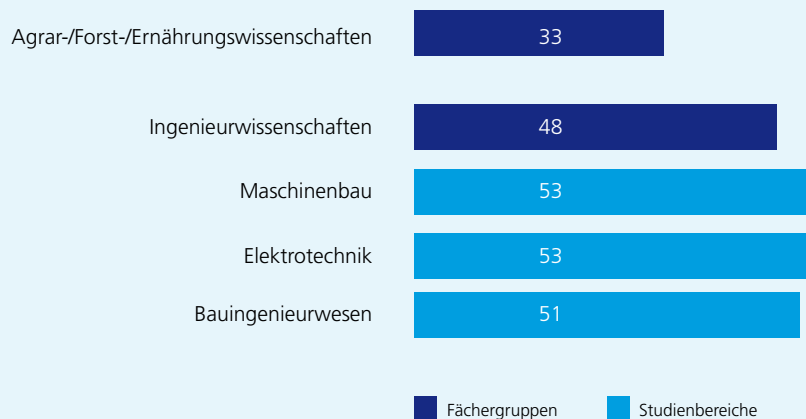
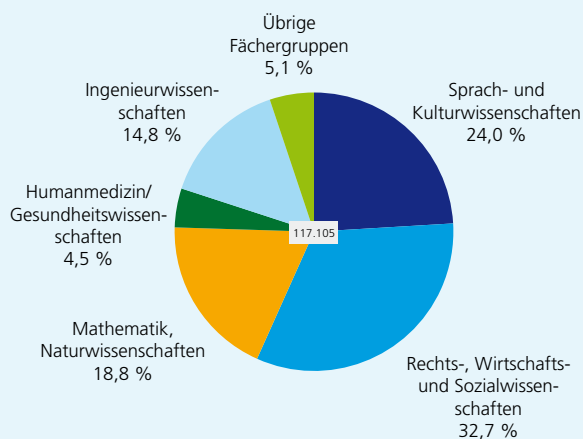


Abb. 1, Quelle: HEUBELEIN, Ulrich/RICHTER, Johanna/ SCHMELZER, Robert/SOMMER, Dieter: Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2010. HIS: Forum Hochschule 3/2012, Seite 17.

### Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vorn Studierende im Wintersemester 2011/12 nach Fächergruppen



Knapp ein Drittel aller Studierenden war im Wintersemester 2011/12 in rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben.

Mathematik und Naturwissenschaften rangierten hinter Sprach- und Kulturwissenschaften auf Rang drei.

Abb.2, Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



Zu viele Akademiker – kippt unser Bildungssystem?

Foto: fotolia

beträgt die Quote der Studienabbrecher rund 28 Prozent, d. h. von hundert jungen Menschen, die ein Studium anfangen, brechen über ein Viertel ihr Studium wieder ab. Diese Zahlen sind für sich genommen schon alarmierend. Richtet man den Fokus zudem auf bestimmte Studiengänge, die für den deutschen Wirtschaftsstandort von erheblicher Bedeutung sind, also Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauingenieurwesen, dann findet man Abbrecherquoten von über 50 Prozent. Das muss zum Nachdenken bringen (vgl. Abbildung 1).

Wir müssen uns fragen, ob das Erreichen der Allgemeinen Hochschulreife überhaupt noch die Studierfähigkeit gewährleistet und ob der zum Teil bereits eingeschlagene Weg zum „Abitur für alle“ nicht auch zwangsläufig Niveau- und Leistungsabsenkungen zur Folge hat. Das wäre gerade für diejenigen Schülerinnen und Schüler fatal, für die Abitur mit anschließendem Universitätsstudium sehr wohl der richtige Weg ist. Die Studienabbrecher verschwenden in dem Bemühen, ihren Beruf über das Universitätsstudium zu finden, wertvolle Lebenszeit, von den psychischen Belastungen ganz abgesehen.

Und wir müssen uns weiter fragen, ob eine Ausbildung und der anschließende betriebliche Aufstieg nicht die besseren Alternativen für diese jungen Menschen gewesen wären, und zwar von Anfang an.

Es ist auch nicht so, dass wir, wie von der OECD behauptet, dank höherer Akademikerzahlen auch mehr Ingenieure ausbilden. Im Gegenteil! Die gegenwärtige Tendenz, immer mehr junge Menschen an die Universität zu bringen, muss kritisch hinterfragt werden (vgl. Abbildung 2.). Es darf zudem bezweifelt werden, dass die deutsche Wirtschaft, insbesondere die mittelständischen Unternehmen, dringend auf eine höhere Zahl von Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern sowie Kultur- und Sprachwissenschaftlern warten. Und im öffentlichen Dienst werden die Einstellungschancen wegen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und den Sparbemühungen der Bundesländer eher schlechter als besser. Davon können die zahlreichen arbeitslo-

sen oder nur befristet angestellten Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz ein Klagelied singen. Die Investition in ein Hochschulstudium kann, aber muss sich nicht automatisch auszahlen. Ist es dann sinnvoll, das Bildungssystem einseitig darauf auszurichten? Wohl kaum.

### Künftiger deutscher Exportschlager – das deutsche Bildungssystem!?

Seitdem Deutschland besser als viele andere Länder durch die internationale Finanzkrise gekommen ist, schaut das Ausland auf den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland und fragt nach den Gründen, warum in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit und die allgemeine Arbeitslosigkeit gegen den internationalen Trend nicht explosionsartig gestiegen sind. Die politische Ebene der Diskussion, also welche Partei mit welcher Politik hier den höheren Erfolgsanteil für sich verbuchen kann, können wir an dieser Stelle vernachlässigen. Bemerkenswert ist allerdings, dass der amerikanische Präsident Barack Obama angesichts einer in den USA noch nie dagewesenen Jugendarbeitslosigkeit von 46 Prozent (!) ausgerechnet die deutschen Schulen als Vorbild für eine Neuausrichtung der High Schools empfiehlt.

Obama lobte in einer Rede vor dem Kongress „die Ausrichtung der deutschen Schulen auf praktische Fertigkeiten“ und meinte damit auch das duale Ausbildungssystem ([www.news4teachers.de/2013/02/obama-erklart-die-deutschen-schulen-zum-vorbild/](http://www.news4teachers.de/2013/02/obama-erklart-die-deutschen-schulen-zum-vorbild/), Stand 19. August 2013, 16.15 Uhr).

Dessen Erfolg ist ganz wesentlich mit einem deutschen Standortvorteil verbunden, und zwar dem deutschen Mittelstand. Das sind vor allem die vielen kleinen und mittelgroßen Wirtschaftsbetriebe, die oft noch im Familienbesitz stehen, aber längst in ihren Bereichen zu den internationalen Weltmarktführern gehören. „Länder wie Deutschland“, so Obama weiter, „bringen ihre Schüler so weit, dass sie bereit sind für das Berufsleben.“ Aber nicht nur in Amerika schaut man auf Deutschland, sondern auch in den europäischen Nachbarstaaten finden sich immer mehr Staaten, die das deutsche Bildungssystem adaptieren wollen. Wer hätte 2003 gedacht, dass das deut-



VDR auf der Berufsinformationsmesse Rheinhesen der IHK und HWK in der Fachhochschule Mainz

Foto: Wü



sche Schul- und Ausbildungssystem zum Exportschlager würde?

Und nun ist ausgerechnet dieses System hierzulande ernsthaft in seinem Fortbestand bedroht. „Der Ausbildungsmarkt 2012 war geprägt durch Schwierigkeiten von Ausbildungsbetrieben, besonders von kleinen und mittleren Betrieben, ihre angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze ist 2012 mit 33.275 die höchste seit Jahren“ (vgl. Berufsbildungsbericht 2013, Seite 5). Gleichzeitig haben noch nie so viele Menschen Abitur gemacht und anschließend ein Studium angestrebt – mit den bereits oben skizzierten Folgen.

### VDR: Reale Bildung muss gestärkt und weiterentwickelt werden

In Rheinland-Pfalz ist es der „Abitur-und-Studium-für-alle-Bewegung“ nicht gelungen, ihre Ziele durchzusetzen. Das lag u. a. auch am Widerstand des VDR, der sich zur eigenen Bildungstradition bekannt hatte. „Reale Bildung ist unverzichtbar“, war und ist die Formel, die die Realschule getragen hatte. Es ist gelungen, viele dieser Errungenschaften aus der Realschule und auch der Hauptschule zu erhalten und weiter zu entwickeln. Hier sind als Beispiele der Wahlpflichtfachbereich und der Praxistag zu nennen.

Fachhochschulreife durch ihre Praktika den Berufsalltag in einem Unternehmen kennen lernen, ermöglicht ihnen eigene Erfahrungen („Ist das der richtige berufliche Weg für mich?“) und damit Orientierung.

Das Modell der „Realen Bildung“ muss weiter ausgebaut werden. Das gilt für die Realschule plus und das gilt auch für die Integrierte Gesamtschule. Es gilt auch für die Verzahnung mit den berufsbildenden Schulen. Hier setzt der VDR seinen Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre. Wir wollen erreichen, dass „Reale Bildung“ als allgemeine, an der Lebens- und Berufswelt orientierte Bildung gleichberechtigt neben der theoretisch und akademisch fundierten gymnasialen Bildung gestärkt wird. Die Bildungsinhalte sollen sich an den späteren „realen“ Anforderungen orientieren, gleich ob sie persönlicher, gesellschaftlicher oder beruflicher Art sind.

Hier wird der VDR neben der konzeptionellen Vorarbeit auch Überzeugungsarbeit leisten. Die rheinland-pfälzische Landesregierung sollte endlich die Zeichen der Zeit erkennen und sich mit klaren Worten und spürbaren Taten zur „Realen Bildung“ in Rheinland-Pfalz bekennen.



*Für jeden jungen Menschen den passenden Bildungsweg finden – dafür macht sich der VDR stark.*

Foto: Wü

## Reale Bildung und gymnasiale Bildung



Die damalige, allein von der SPD geführte Landesregierung ließ sich auch überzeugen, dass die Eltern keine Schulart neben dem Gymnasium akzeptieren werden, die nicht aufstiegsorientiert ist und einen Zugang zur höheren beruflichen Bildung eröffnet. Mit der Fachoberschule wurde dem Anliegen Rechnung getragen. Dass die jungen Menschen auf dem Weg zur

### Fazit: zwei gleichberechtigte Bildungssäulen

Nicht alle Schülerinnen und Schüler bringen die gleichen Begabungen, Voraussetzungen, Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten mit. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Niemand sollte sich anmaßen, die Unterschiede, die in der Individualität des Kindes begründet sind, durch Bildung und Erziehung auf ein gleiches Maß nivellieren zu wollen. Davon profitiert kein Kind.

Jedem Kind soll unabhängig von seiner individuellen, familiären und sozialen Ausgangssituation ein passender Bildungsweg eröffnet werden. Aber das muss nicht für alle derselbe sein. Reale Bildung und akademisch-gymnasiale Bildung, das können und müssen die tragenden Säulen unseres Bildungssystems werden. Genau dafür werden wir uns auch in Zukunft stark machen.



**Michael Eich**  
eich.michael@vdr-rlp.de



## JUGENDSTUDIE

### Unzufriedenheit trotz bester Lebensbedingungen?

Wie zufrieden sind Kinder und Jugendliche mit sich und ihrer Lebenssituation? Das herauszufinden machte sich das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti in Florenz zur Aufgabe. Die vor einigen Monaten veröffentlichte Studie vergleicht die materielle Lage sowie das subjektive Wohlbefinden der Kinder in 29 Ländern.

Und zeigt eine beunruhigende Entwicklung auf: Jeder siebte Jugendliche in Deutschland ist mit sich und seiner Situation unzufrieden. Dr. Jürgen Heraeus, der Vorsitzende von UNICEF Deutschland, sieht dies als Mahnung an die Gesellschaft, „Heranwachsenden besser zuzuhören und ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu eröffnen“.

Im Gegensatz zu diesem Ergebnis steht, dass deutsche Jugendliche mit die besten Lebensbedingungen der untersuchten Länder haben. Bewertet wurden hierbei Kriterien wie Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Wohnen und Umwelt. Beispielsweise erreichen deutsche Jugendliche im Vergleich zu den Vorjahren bessere PISA-Ergebnisse und auch die Anzahl derer, die rauchen, ist zurückgegangen.

Fazit: Bedeutet das nicht auch, dass 6 von 7 Mädchen und Jungen möglicherweise zufrieden sind? \*

*wü/Quelle: [www.unicef.de/projekte/themen/kinderrechte/kinder-in-industrielaendern/unicef-bericht-2013/](http://www.unicef.de/projekte/themen/kinderrechte/kinder-in-industrielaendern/unicef-bericht-2013/)  
\*„Zeit Online“ (12.4.13): [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-04/unicef-bericht-unglueckliche-jugendliche-analyse](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-04/unicef-bericht-unglueckliche-jugendliche-analyse)*

## KULTUSMINISTERKONFERENZ

### Schülerzahl in Deutschland sinkt bis 2025 auf unter zehn Millionen

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat neu gerechnet: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt wird sich bis zum Jahr 2025 von 11,3 Millionen (2011) auf 9,7 Millionen verringern. Im Vergleich zur letzten Vorausberechnung wird der Schüler- und Absolventenschwund insgesamt um rund zwei Prozent geringer ausfallen.

- Der Rückgang in den westdeutschen Flächenländern wird danach erheblich stärker ausfallen als in den ostdeutschen Flächenländern. In den Stadtstaaten bleibt der Bestand voraussichtlich nahezu unverändert.
- Die Zahl der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen wird von 2012 bis 2025 um ein Fünftel sinken. An beruflichen Schulen wird die Zahl der Absolventen und Abgänger im gleichen Zeitraum um ein Viertel zurückgehen.
- Die Zahl der Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife wird in den westdeutschen Flächenländern um ein Fünftel sinken, in den ostdeutschen Flächenländern wird die Zahl um ein Viertel stark zunehmen. In den Stadtstaaten bleibt die Anzahl nahezu unverändert.

*Wü/Quelle: KMK-Pressemitteilung vom 18. Juni 2013*

*Link zur Statistik: [www.kmk.org/statistik/schule/statistische-veroeffentlichungen/vorausberechnung-der-schueler-und-absolventenzahlen.html](http://www.kmk.org/statistik/schule/statistische-veroeffentlichungen/vorausberechnung-der-schueler-und-absolventenzahlen.html)*

## ZUM SCHULJAHRESWECHSEL

### Gute Nachrichten?

Zum Schuljahreswechsel gab es – so mag mancher gedacht haben – nur schlechte Nachrichten für Lehrerinnen und Lehrer: Besoldungsdeckelung für Beamte, viele befristete Verträge für junge Kollegen, relativ wenige Planstellen, Spardiktat durch Schuldenbremse, Zurückfahren der Mittel für Vertretungsverträge.

Aber: Gab es denn nicht irgendeine gute Nachricht? Die Ministerpräsidentin glaubte, sie bei der Vorlage des neuen Haushaltsentwurfs verkündet zu haben: Für Lehrkräfte im Beamtenstatus gibt es weiterhin eine besondere Altersgrenze, die den Anforderungen im Lehrerberuf Rechnung tragen soll.

Bei genauerem Hinsehen fällt es allerdings schwer, das als Begünstigung zu begreifen: Ab 2017 soll für Lehrkräfte als Altersgrenze das Ende des Schuljahres gelten, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. Das ist ein Jahr mehr als vorher...

VDR und dbb haben die Pläne scharf zurückgewiesen.

*Martin Radigk*

## Bildungsausgaben unter der Lupe: Investitionen in „die Köpfe unserer Kinder“

Wie klingt es so schön aus dem Munde der politisch Verantwortlichen jeder Couleur: „Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft!“ – „Wir sparen nicht an der Bildung, denn Investitionen in Bildung bringen eine hohe Rendite.“ – „Unsere wichtigste wirtschaftliche Ressource ist die Bildung unserer Kinder!“ usw.

Es steht sogar im Koalitionsvertrag 2011–2016 des rot-grünen Regierungsbündnisses in Rheinland-Pfalz: „Gute Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gute Bildung sichert in der dynamischen Wissensgesellschaft Teilhabe und ermöglicht Chancengleichheit. Bildung und Wissenschaft schaffen die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltiges Wirtschaften.“ Auch Bundesministerin Johanna Wanka betont in einer Pressemitteilung ihres Ministeriums für Bildung und Forschung vom 25. Juni 2013: „Bildung und Forschung tragen maßgeblich zum Wohlstand in unserem Land bei – einem Wohlstand, der nicht nur eine materielle Seite hat, sondern auch eine ökologische, kulturelle und soziale. Bildung ermöglicht den Menschen die breite Teilhabe an Wissen und Zukunftschancen.“

Und wie sieht es mit der Umsetzung der Erkenntnisse aus? Ohne Zweifel, die Bildungsausgaben steigen – PISA sei Dank! (Siehe Abb. 1) Die Steigerung fällt allerdings mit 31 Prozent in 15 Jahren in Rheinland-Pfalz relativ bescheiden aus. Die Landesregierung kann sich hier nicht rühmen, Vorreiter zu sein. Da auch die Lehrergehälter in diese Zahlen einfließen, hat Rheinland-Pfalz mit seiner Gehaltserhöhung von nur 1 Prozent pro Jahr dafür gesorgt, dass im Land die Ausgaben je Schüler auch in Zukunft nur langsam wachsen werden.

Betrachtet man die Ausgaben schulartbezogen, so sind die rheinland-pfälzischen Gesamtschüler dem Steuerzahler am meisten wert, während sich Realschüler bescheidener zeigen (Abb. 2).

Bei der Betrachtung der Bildungsausgaben über Ländergrenzen hinweg muss

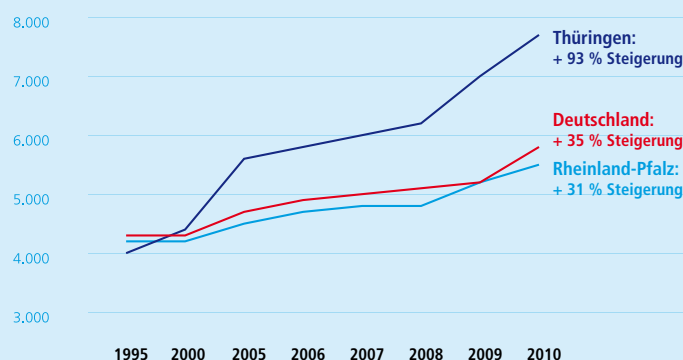
man auch den Bezug zur wirtschaftlichen Stärke eines Landes berücksichtigen. Als Maß dafür gilt i. d. R. das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP betrug 2008 in der Europäischen Union 5,07 Prozent, in Deutschland nur 4,55 Prozent. Im PISA-Musterland Finnland sind es z. B. 6,13 Prozent. Unter den 32 untersuchten europäischen Staaten belegte Deutschland damit den 25. Rang. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: „Bildungsausgaben“ 12. Mai 2012)

Man hat sich jedoch viel vorgenommen: „Deutschland muss bei den Investitionen in Bildung und Wissenschaft noch besser werden, um zumindest zum Durchschnitt der Industriestaaten aufzuschließen“, teilt Doris Ahnen in einer Pressemitteilung der Bundes-SPD vom 26. Juni 2013 mit. Und Johanna Wanka ließ in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 25. Juni 2013 wissen: „In Deutschland gibt es ... seit dem Herbst 2008 das 10 %-Ziel für Bildung und Forschung, das Bund und Länder beim Bildungsgipfel in Dresden vereinbart haben. Dieses Ziel umfasst neben den Forschungs- und Entwicklungsausgaben auch finanzielle Mittel für die Bildung. Ab 2015 sollen demnach jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen.“

Kürzungen im Bildungsetat vertragen

Entwicklung der Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/-in in Euro



Ausgaben je Schüler/-in und Jahr für die allgemein bildenden Schularten 2010 (in Rheinland-Pfalz)



Abb. 1 (oben) und Abb. 2 (unten), Quelle: Statistisches Bundesamt vom 20. Juni 2013

sich nicht mit diesen Meldungen. Wir brauchen auch die sog. demographische Rendite für Verbesserungen im Bildungssystem, vor allem für Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. „Sparen in der Bildung ist teuer. Die Folgen unzureichender Bildung belasten den Einzelnen, aber auch die Gesellschaft. Frühe Investitionen in gute Bildung aller Kinder verbessern Chancen. Aber auch im weiteren Lebensverlauf sind Bildungsinvestitionen wesentliche Faktoren für die persönliche Entfaltung und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.“ (www.bertelsmann-Stiftung.de/Investitionen in Bildung)



► Besoldung und Versorgung, Teil I

## dbb rheinland-pfalz: Der Deckel muss weg!

### Hauptvorstand fordert Fairness und Gerechtigkeit auch im öffentlichen Dienst



Für den VDR nahm der Stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel an der Sitzung des Hauptvorstandes teil. Davor: Landesvorsitzende Lilli Lenz mit der Ehrenvorsitzenden Brigitte Stopp.

Foto: dbb

Begleitend zu den drei mit dbb-Unterstützung erhobenen Musterklagen gegen die fünf gesetzlich festgelegten, inflationsbereinigten Minusrunden in der Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bis 2016 hat der dbb rheinland-pfalz Landesregierung und Politik erneut dringend dazu aufgefordert, die langfristige Deckelung der Bezügeanpassungen umgehend zu beseitigen.

Während Tarifpersonal im Landesdienst im laufenden Jahr 2,65 Prozent mehr Geld erhält und Arbeitnehmer bei den Kommunen 2013 insgesamt 2,8 Prozent mehr bekommen, trifft Beamte und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz im zweiten Jahr in Folge eine Mini-Erhöhung von einem Prozent, die hinter der Teuerung zurückbleibt und von der in den meisten Fällen wegen anderer Einschnitte faktisch nichts in der Geldbörse der Betroffenen ankommt.

Darin kommt aus dbb Sicht eine massiv benachteiligende Entkernung des eigentlich grundgesetzlich und beamtenrechtlich verbrieften Teilhabegrundsatzes zum Ausdruck, die mit der zum Tag der Arbeit am 1. Mai unter der Überschrift „soziale Gerechtigkeit“ von der Landesregierung postulierten Fairness nichts zu tun hat.

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Es ist unfair, wenn allein die Beamten überproportional belastet werden. Auch im öffentlichen Dienst hängen Erfolg und Zukunftsfähigkeit von Menschen ab, die gerechte und faire Bedingungen verdienen. Das Personal des öffentlichen Dienstes darf ebenso wenig als reiner Kostenfaktor abqualifiziert werden, wie Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Auch im öffentlichen Dienst wirken demografischer Wandel, drohender Fachkräftemangel und erschwerte Nachwuchsgewinnung. Während für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst im März ein tragfähiger Bezahlungskompromiss ausgehandelt werden konnte, muss für die laufende Abkoppelung der Beamten und Versorgungsempfänger von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gelten: Der Deckel muss weg!“

Der dbb rheinland-pfalz forderte die Landesregierung und die Landespolitik nochmals eindringlich auf, angesichts des jüngsten Tarifergebnisses die fünf inflationsbereinigten Minusrunden durch Gesetzesänderung zu korrigieren. Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst sind unverzüglich und angemessen entsprechend des Tarifgeschehens anzupassen.

Wü/Quelle: dbb-durchblick 2013/6

► **Besoldung und Versorgung, Teil II**

## „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung

### Musterverfahren laufen ...

„Beamter klagt auf verfassungsgemäße Alimentierung“ – unter dieser Überschrift hat unter anderem die Deutsche Presse-Agentur auf die mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz des dbb erhobenen Musterklagen gegen die „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst hingewiesen.

Der dbb habe, so der Pressedienst des Verwaltungsgerichtes Neustadt über den dortigen Fall, für eines seiner Mitglieder Klage auf amtsangemessene Alimentation erhoben. Er sei der Auffassung, dass Beamte einen Anspruch auf Besoldungsanpassung an die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse haben. Dieser An-

spruch sei verletzt, spätestens seit durch Gesetz für die Jahre 2012 bis 2016 die Besoldungserhöhung auf ein Prozent pro Jahr gedeckelt worden sei. Dadurch würden Besoldung und Versorgung von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.

So ist es, und so klagt der dbb auch in Mainz und in Trier.

„Damit verfolgen wir einen Kurs, den wir schon mit Erhalt des Entwurfs des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung bereits 2011 gemeinsam mit der dbb Bundesleitung abgesteckt hatten“, so die dbb Landeschefin Lilli Lenz.



Verband Deutscher Realschullehrer  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Gemeinsam gehen VDR und dbb gegen die „5 x 1 %“-Besoldungs-Regelung vor.

► **PRESSEERKLÄRUNG DES DEUTSCHEN LEHRERVERBANDS (DL) VOM 10. MAI 2013**

## „Demographischen Wandel für bessere schulische Rahmenbedingungen nutzen!“

**Kraus: „Schulen brauchen 110 Prozent Lehrerstunden“ – „Lehrer angesichts neuer pädagogischer Herausforderungen entlasten!“ – Expertentagung „Bildung und Demographie“**

Im Rahmen einer Expertentagung hat sich der Deutsche Lehrerverband (DL) mit den schulpolitischen und pädagogischen Schlussfolgerungen der demographischen Entwicklung befasst. Die Tagung unter dem Titel „Bildung und Demographie“ war am vergangenen Mittwoch, 8. Mai, unter Einbeziehung von sieben Experten gemeinsam vom DL, der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) sowie der Hanns-Seidel-Stiftung in München veranstaltet worden.

Nach Abschluss der Tagung hob DL-Präsident Josef Kraus aus der Vielzahl der Analysen und Anregungen folgende Aspekte hervor: „Der Rückgang der Schülerzahlen darf nicht zu einer Ausdünnung der Schulstandorte und zu einer Vereinheitlichung des Schulwesens führen. Auch zukünftige Schülergenerationen haben einen Anspruch auf eine wohnortnahe Beschulung und

auf ein ihren Begabungen und Neigungen entsprechendes Angebot an verschiedenen Schulformen. Vor allem darf der Rückgang der Schülerzahlen nicht für Sparmaßnahmen missbraucht werden.

Vielmehr sollten die geringeren Schülerzahlen für pädagogische Verbesserungen genutzt werden. Notwendig ist längst eine 110-prozentige Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden, damit Unterrichtsausfall vermieden und individuelle Maßnahmen zur Förderung von schwächeren, aber auch von besonders begabten Schülern eingeleitet werden können. Überfällig ist außerdem eine Entlastung der Lehrerschaft durch eine Verringerung ihrer Unterrichtspflichtzeiten. Eine solche Maßnahme zahlt sich auch pädagogisch aus. Denn die Lehrer haben dann mehr Möglichkeiten, sich über den Unterricht hinaus um eine Schülerschaft zu kümmern, die im Zuge des demographischen Wandels schwieriger wird. Schließlich hinterlässt die immer geringere Zahl an gleichaltrigen Interaktionspartnern auch Spuren in der Sozialisation junger Menschen.“

► VDR-Landesdelegiertentag 2013 in Bad Kreuznach

## Lehrergesundheit: Kollegiale Herausforderung – individuelle Verpflichtung



Im Mittelpunkt des diesjährigen Landesdelegiertentages in Bad Kreuznach stand ein Vortrag des Diplompsychologen und ehemaligen Leiters des Projekts Lehrergesundheit, Helmut Heyse.

Der Referent betonte die Bedeutung des Einzelnen für die Erhaltung der Gesundheit im Lehrberuf. Einer Übersicht über die Bandbreite dessen, was heutigen Lehrkräften in der Schule von Gesellschaft und Elternhäusern abverlangt wird, folgten Hinweise, wie man diese Anforderungen unter Aufrechterhaltung der Gesundheit erfüllen kann.

### Voraussetzungen für gesunde Schule schaffen

Große Bedeutung für eine Verbesserung der Berufsbedingungen und der Voraussetzungen für eine Gesunderhaltung der Lehrkräfte hat die Schulentwicklung. Klare Regeln, eine Entwicklung der Unterrichtsqualität, ein Schulmanagement, das Organisations- und Personalentwicklung gleichermaßen betreibt und die Schaffung eines gesundheitsfördernden und -erhaltenden Arbeitsumfeldes ermöglicht, das sind Voraussetzungen für eine gesunde Schule: gesund für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler.

Heyse plädierte für den einen Weg vom Verhältnismanagement zum Veränderungsmanagement. Ohne Veränderung droht Erstarrung in alten Routinen. Bei diesen Veränderungsprozessen ist das Verhalten des Einzelnen von Bedeutung.

Die Herausforderung stellt sich dem Individuum als individuelles Verhaltensmanagement: eine Balance herzustellen zwischen Belastung und Bewältigung, Anforderung und Herausforderung, Stress und Entspannung. Diese Balance zu erzeugen und aufrecht zu erhalten ist als lebenslange Herausforderung zu verstehen und anzunehmen.



Im zweiten Teil des von Timo Lichtenthäler moderierten Delegiertentages standen bildungs- und verbandspolitische Themen sowie Fragestellungen der Delegierten auf der Tagesordnung.

### Inklusion in der Diskussion

Mitglieder des Landesvorstands und der Personalvertretungen HPR und BPR standen Rede und Antwort: Die Situation der Schwerpunktschulen und die Forderung der Politik nach einer Verstärkung des inklusiven Unterrichts wurden von den Delegierten als Probleme mit dringendem Handlungsbedarf angesprochen. Dabei stellt sich die Lage in den Schwerpunktschulen unterschiedlich dar. Allgemein ist ein Mangel an Förderlehrern zu beklagen, der zur Überzeugung der Teilnehmer führte, dass ein weiterer Ausbau des Netzes von Schwerpunktschulen nur mit einer entsprechenden Personalausweisung vorgenommen werden sollte.



# Impressionen

Landesdelegiertentag 2013



► VDR im Gespräch:

## Leitlinien für den Erhalt kleiner Realschulen plus

### VDR-Landesvorstand diskutiert mit dem Arbeitskreis Bildung und Jugend der SPD-Landtagsfraktion

Die Leitlinien des Ministeriums zur Mindestgröße von Schulen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs des VDR-Landesvorstandes mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion. „Inhalt der Leitlinien ist ein gestuftes Prüfungsverfahren aller Möglichkeiten, wie kleine Schulstandorte erhalten und attraktiver für Schüler und Eltern gestaltet werden können, zum Beispiel durch Aufhebung von Dislozierungen, Verbesserung des Schülertransportes, Ganztagsangebote und anderes. Überall da, wo es qualitativ vertretbar ist, wollen wir Schulstandorte erhalten“, so die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bettina Brück (Thalfang).

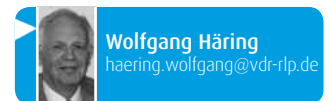
VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst hat darauf hingewiesen, dass auch kleine Realschulen plus ein vielfältiges Unterrichts- und Differenzierungsangebot vorhalten müssen, auch wenn dies mit höheren Kosten verbunden ist. Er warnte vor Schnellschüssen und Panikmache. Negativ-Schlagzeilen vom „Schulsterben“ und „Ausbluten der Realschulen plus“ schaden nicht nur der Reputation der betroffenen Schule, sondern insgesamt der neuen Schulart, die eine angemessene Zeit zur Konsolidierung und Profilierung

benötigt. „Es gibt nicht nur die kleinen Realschulen plus, sondern auch die großen und immer noch wachsenden“, so Karst. Ulla Brede-Hoffmann (MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzende) bestätigte dies beispielhaft für den Raum Mainz.

Große Realschulen plus mit z. T. weit über tausend Schülern sind mit nur drei Schulleitungsmitgliedern und einem Koordinator völlig unterbesetzt, insbesondere dann, wenn sie noch Schwerpunktschulen sind und eine Fachoberschule führen. Besondere Probleme entstehen den Schulen bei der Integration von Schülern mit dem Förderbedarf „sozial-emotionale Entwicklung“.

Der VDR forderte die Politik auf, die Bedeutung der realen Bildung für unser Wirtschaftssystem stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Die Realschule plus benötige exklusive Merkmale und einen Nachteilsausgleich gegenüber anderen Schularten. So müsse ab Klasse 7 die Messzahl 25 für den Realschulbildungsgang und 20 für den Berufsreifebildungsgang gelten. Denn gerade nach der Orientierungsstufe habe die Realschule plus beachtliche Zugänge aus den Gymnasien zu verkräften.

Angesichts des bevorstehenden Einstellungstermins im Sommer wiederholten die VDR-Vertreter ihre Forderung „Holt die Lehrer von der Straße!“ Es sei einer sozial verpflichteten Landesregierung unwürdig, ständig die Löcher in der Unterrichtsversorgung mit prekären und kurzzeitig befristeten Vertretungsverträgen zu stopfen.



Der VDR-Landesvorstand war vertreten durch Wilfried Rausch, Bernd Karst, Erwin Schneider, Timo Lichtenthäler, Wolfgang Häring, Michael Eich (von links) und Wolfgang Seebach.

Seitens der SPD-Fraktion nahmen die Abgeordneten Thorsten Wehner, Bettina Brück und Ulla Brede-Hoffmann (von rechts) teil.

Foto: W. Seebach



► VDR-Pressemitteilung vom 24. Juni 2013

## Mehr Planstellen für Schulen notwendig!

### Handlungsdruck auf Landesregierung wächst

In einem Schreiben an alle Schulen hat die ADD Trier bezüglich der Lehrkräftearbeitszeit nun endlich für Klarheit gesorgt. Die Schulbehörde räumt ein, dass es diesbezüglich gilt, an den Schulen einen Mangel zu verwalten. Die Schulleitung muss darauf achten, dass die Belastung der Lehrkräfte nicht über die im Beamtenrecht festgesetzten Grenzen hinausgeht. Unterrichtsverpflichtung und außerunterrichtliche schulische Tätigkeiten wie Elternberatung, Vortreiben von Schulentwicklungsprozessen im Team u.a. sind dabei zusammen zu sehen. Vertretungsstunden im Sinne zusätzlicher unbezahlter Mehrarbeit kommen somit nur noch in extremen Ausnahmefällen in Frage.

Langjährige Forderungen der Lehrerverbände und –gewerkschaften nach Entlastung der Lehrkräfte im täglichen Schulalltag werden mit dem ADD-Schreiben umgesetzt. „Nach Abschluss der äußeren Schulstrukturreform muss vor allem im Bereich der Schulart Realschule plus der ‚Innenausbau‘ konsequent und zügig vorangetrieben werden. Die von der Landesregierung vorgenommene Weichenstellung zur Realschule plus und zur integrierten Gesamtschule hin hat deutlich gezeigt, dass die von

Lehrkräften und Eltern eingeleiteten Prozesse zur schulischen Qualitätsentwicklung mehr Zeit erfordern.“ Damit anerkennt VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst die ADD-Entscheidung als einen ersten Schritt, dem nun konsequent der zweite folgen muss: mehr Lehrereinstellungen schon zum neuen Schuljahr.

„Die Umsetzung des ADD-Schreibens wird zu mehr Unterrichtsausfällen führen müssen, wenn keine Kompensationsleistungen des Landes in Form von zusätzlichen Planstellen erfolgen“, so Karst. Das Land habe eine hervorragende Ausgangsposition, auf gut ausgebildete Lehrkräfte zurückgreifen zu können. Diese Chance drohe die Landesregierung zu verspielen, wenn sie jetzt nicht handle. Schon jetzt voraussehbare Unterrichtsausfälle ließen sich im Lauf des Schuljahres kaum mehr mit qualifiziertem Personal beheben, da sich die Lehrkräfte für andere Einsatzorte und Einsatzmöglichkeiten entscheiden würden.

Bei den Bildungsausgaben ist das Land noch immer sehr sparsam. Während in Sachsen-Anhalt 7.100 Euro pro Schüler und Jahr ausgegeben werden, sind es in Rheinland-Pfalz 5.500 Euro (Quelle: destatis.de für 2010).

► Im Gespräch mit Clifford Jordan

## Bildungskarrieren in Rheinland-Pfalz

Clifford Jordan ist seit 2012 Vorstandsmitglied der VR Bank Südpfalz. Er begann seine berufliche Laufbahn 1987 mit der Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Raiffeisenbank Kandel, einem Vorgängereinstitut der VR Bank Südpfalz. Bereits mit 28 Jahren wurde ihm als Regionaldirektor die Leitung des Marktgebietes Kandel übertragen. Der ehemalige Schüler der Realschule Kandel (von 1981 bis 1987) sprach mit RBiRP über seine eigene Schulzeit, die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern und die mangelnde Transparenz darüber, welche schulischen Laufbahnen heute Kindern nach der Grundschule offen stehen.

**Herr Jordan, was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an Ihre Schulzeit zurückdenken?**

Der Zusammenhalt in der Klasse war groß und wir hatten zu unseren Lehrern ein gutes Verhältnis. Während meiner Schulzeit, vor allem in der 5. und 6. Klasse, waren wir noch frei, Kind zu sein. Die Balance zwischen Kindsein und Erwachsenwerden war gegeben. Man könnte das mit dem Wort „Unbefangenheit“ umschreiben.

**Hat Ihnen Ihre Zeit auf der Realschule auch die erforderlichen Wissensgrundlagen und Fähigkeiten vermittelt, von denen Sie später bei Ihrer Ausbildung**



Cliff Jordan (links) im Gespräch mit Michael Eich

Foto: VDR

**profitieren konnten? Würden Sie den gleichen schulischen Weg noch einmal gehen?**

Ja, rückblickend betrachtet, würde ich alles wieder so machen.

Ich brauchte damals noch Zeit, in der Orientierungsstufe war ich ein eher durchschnittlicher Schüler und mein Ehrgeiz wurde erst – auch durch die direkte Ansprache meiner Lehrer – in der siebten oder achten Klasse geweckt. Unsere Lehrer waren für uns Respektspersonen und meine Eltern wären auch nie auf die Idee gekommen, bei Problemen gleich zum Schulrat zu gehen. Auf Werte, zum Beispiel Konsequenz und Disziplin, wurde in der Regel geachtet, und das halte ich

potenzial sehr groß ist. Für mich selbst war es ja auch kein Problem, kein Abitur zu haben. Durch innerbetriebliche Eignungskurse, Weiterbildungen und durch ein erfolgreich absolviertes Fernstudium konnte ich mich weiterqualifizieren.

Diese Wege stehen allen offen, man braucht nicht notwendigerweise Abitur.

**Herr Jordan, Sie sind selbst Vater dreier Kinder im Alter bis zu sechs Jahren. Was wünschen Sie sich von der Bildungspolitik?**

Mehr Transparenz, welche Möglichkeiten meinen Kindern nach der Grundschule offen stehen. Hier spüre ich auch im persönlichen Umfeld eine große Verunsicherung. „Was ist das Beste für mein Kind?“, diese Frage treibt Eltern kurz vor Ende der Grundschulzeit ihres Kindes um. Jetzt weiß ich, dass das Abitur nicht der einzige Weg zu beruflichem Erfolg ist. Hier sollte generell mehr Orientierung erfolgen, damit der jeweils geeignete Weg für das Kind gefunden wird.

**Herr Jordan, vielen Dank für das Gespräch!**

## Den jeweils geeigneten Weg für das Kind finden

auch heute noch für richtig und wichtig. Insgesamt hatte ich eine schöne Schulzeit, von der ich sehr profitiert habe.

**Wie ist es um die Ausbildungsfähigkeit der heutigen Schulabgänger bestimmt? Benötigt man inzwischen Abitur, um bei der VR Bank Südpfalz einen Ausbildungsplatz zu bekommen?**

Wir merken, dass sich Schule weiterentwickelt hat, auch wenn pauschale Aussagen über Auffälligkeiten meines Erachtens nicht gemacht werden können.

Die Schulabgänger von heute kommen mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein zu uns, das beobachte ich zum Beispiel beim „Präsentieren“. Ein Fokus von Schule liegt inzwischen offenkundig auf dem Methodischen und der Persönlichkeitsentwicklung – das finde ich gut. Allerdings meldet uns unsere Abteilung für Personalentwicklung auch zurück, dass vielen Auszubildenden ein „roter Faden“ bezüglich ihres eigenen Lernens fehlt, d. h. sie haben noch keine eigene Struktur entwickelt, wie sie dieses organisieren können. Hier arbeiten wir dann nach.

Wir nehmen sehr gerne Schüler mit dem Abschluss Mittlere Reife, weil wir immer wieder feststellen, dass ihr Entwicklungs-

► VDR-Landeshauptvorstand

# Landeshauptvorstand stellt Weichen



Es ist bewährte Praxis, dass sich der VDR-Landeshauptvorstand (LHV) in der letzten Sommerferienwoche zu einer zweitägigen Arbeitssitzung trifft. In diesem Jahr richtete diese turnusgemäß der Bezirk Neustadt/Rheinhesen-Pfalz in Speyer aus.

Im Vordergrund stand die Analyse der Personalratswahlen. Diese sind für den VDR sehr erfreulich ausgefallen. Die guten Ergebnisse sind für uns Ansporn, unser Engagement für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortzusetzen (siehe auch VDR-PM zum Schulstart).

Die in den Schulen zu bewältigenden Herausforderungen (z. B. Inklusion, Schülerrückgang, Bildungssparen und Lehrer-

arbeitslosigkeit) sind erheblich gestiegen. Der VDR reagiert mit einer entsprechend ausgerichteten Verbandsarbeit und mit einer darauf abgestimmten Veranstaltungsplanung.

Die Entwicklungen innerhalb des rheinland-pfälzischen Bildungssystems waren in Speyer auch Anlass, Überlegungen zur Organisationsstruktur des VDR anzustellen.

2014 wird die LHV-Tagung im Bezirk Trier stattfinden.

*Text: Eich/Fotos:Wü*



## INKLUSION

### Experten kritisieren Inklusionspläne

Inklusion ist die aktuell größte Herausforderung für die Bildungssysteme in allen Bundesländern. Diese haben inzwischen mehrheitlich unter Berufung auf die UN-Menschenrechtskonvention den Anspruch erhoben, dass der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung zum Regelfall werden soll. Allerdings mehren sich inzwischen vielerorts die kritischen Stimmen. Sie monieren, dass Inklusionsanspruch und Inklusionswirklichkeit weit auseinander klaffen. „Damit Inklusion gelingen könne, seien mehr Personal, systematische Fortbildung, kleinere Klassen und finanzielle Unterstützung nötig. Das

forderten Vertreter von Schulen, Lehrern, Eltern, Kirchen, Sozialverbänden und Gewerkschaften im Düsseldorfer Landtag in einer Sachverständigen-Anhörung. Der Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung zur Inklusion wurde von der großen Mehrheit als lückenhaft und unzureichend kritisiert“ (dpa vom 8. Juni 2013). Besorgnis erregend ist: Man kann „Düsseldorfer Landtag“ durch „Wiesbadener Landtag“ oder „Mainzer Landtag“ ersetzen. Der Aussagekern bliebe derselbe.

*Eich/Quelle: dpa*

## ► „Heft im Heft:“ Fachoberschulen

# Erste Absolventen mit Fachabitur



Ende Juni wurden an den „Pionier“-Realschulen plus mit Fachoberschule nach bestandener Abschlussprüfung die ersten Absolventen mit Fachhochschulreife verabschiedet. Ihnen stehen nun vielfältige Optionen offen. Sie können z. B. unmittelbar an einer Fachhochschule ihrer Wahl studieren, eine qualifizierte Berufsausbildung beginnen oder an der einjährigen Berufsoberschule die Allgemeine Hochschulreife erwerben.

„Das Angebot, über die mit der Realschule plus verbundene Fachoberschule (FOS) die Fachhochschulreife zu erwerben, ist für Schülerinnen und Schüler ganz offenkundig sehr attraktiv“, stellte Bildungsmministerin Doris Ahnen in einer Pressemitteilung ihres Ministeriums vom 8. März 2013 fest.

Insgesamt sind für das Schuljahr 2013/2014 bei den 25 Fachoberschulen landesweit 1.733 Anmeldungen registriert worden. Mit durchschnittlich rund 70 Anmeldungen pro FOS-Standort bewegt sich die Nachfrage weiter auf dem hohen Niveau

des Vorjahres. „Mit der Einführung der FOS wurde im Zuge der Schulstrukturreform mit Erfolg ein neuer Baustein für ein durchlässiges und aufstiegsorientiertes Bildungsangebot im Land gesetzt“, sagte Doris Ahnen. Alle sechs Fachoberschulen, die für das Schuljahr 2013/14 eine Errichtungsoption erhalten hatten, können diese einlösen.

### Ahnen: Attraktives Angebot wird ausgebaut

Auch im Schuljahr 2014/2015 wird das Angebot im Land zielgerichtet weiter ausgebaut. Dazu Doris Ahnen in einer Pressemitteilung ihres Hauses vom 3. Juli 2013: „Wir verfolgen weiter unser Ziel, durch neue attraktive, aufstiegsorientierte Bildungsangebote unseren Beitrag zur Bewältigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu leisten.“ Die Landesregierung verdichtet dabei das Netz an Fachoberschulen insbesondere in der Fachrichtung Technik. Man habe darauf geachtet, dass die neuen Fachoberschulen vornehmlich in den Gebietskörperschaften entstehen, in denen ein solches Angebot noch feh-

le und in denen von Seiten der örtlichen Wirtschaft durch das Bereitstellen von Praktikumsplätzen Interesse und Bedarf signalisiert worden sei.

„Mit nunmehr 30 Fachoberschulen an Realschulen plus haben wir ein in die Fläche wirkendes Angebot ... geschaffen, das Unterricht, berufliche Theorie und berufliche Praxis miteinander verknüpft“, so Ahnen weiter. Den demografischen Wandel mit pädagogischen Zielen wie mehr Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen oder zusätzlichen attraktiven Wegen für die Hochschulreife sowie hochwertigen Weiterqualifizierungsangeboten zu verbinden, eröffne die besten Chancen sowohl für ein Mehr an Wissen als auch für ein Mehr an beruflichen Chancen.

Zwei Drittel der FOS-Absolventinnen und FOS-Absolventen des ersten Jahrgangs beabsichtigen mit ihrer Fachhochschulreife direkt in hochqualifizierte Ausbildungsberufe einzusteigen. Die mit der Schulstrukturreform geschaffene neue Schulform eröffnet also nicht nur einen zusätzlichen Weg zu den Hochschulen, sie wird auch – wohl vor allem durch ihren engen Praxisbezug – den Bedürfnissen der Wirtschaft an schulisch hochqualifizierten Auszubildenden gerecht.

#### VDR fordert Verbesserungen

Bei aller ministeriellen Begeisterung für das „Plus“ an der Realschule plus hätten sich die Betroffenen mehr praktische Unterstützung für das Projekt gewünscht. Der VDR hat zusammen mit dem Sprecher der FOS-Schulleiter Karl-Heinz Sundheimer diesbezüglich ausführliche Gespräche mit dem Ministerium geführt.

Beklagt wurde z. B. die fehlende Wiederholung des Weiterbildungsprogramms für interessierte Haupt- und Realschullehrer im zweiten Jahr einer FOS. Für die Hauptfächer müssten an jedem Standort mindestens jeweils zwei Lehrkräfte die Unterrichtsbefugnis für die Sekundarstufe II haben, um im Krankheitsfall die Vertretung sicher zu stellen und einen Zweitkorrektor für die Abschlussprüfung zur Verfügung zu haben. Die bei anderen Oberstufenangeboten speziell auch für die Schulleitung üblichen besonderen Arbeitszeit- und Besoldungsbedingungen, sind für die Realschulen mit FOS noch immer weitgehend ausgeklammert. Hier

besteht für das Ministerium Handlungsbedarf.

Die Praxis hat außerdem gezeigt, dass an der FOS Jugendliche aus sehr unterschiedlichen Schulen und damit mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen angemeldet werden. Um einen erfolgreichen Besuch der FOS zu ermöglichen, sind zusätzliche Fördermaßnahmen notwendig. Die dafür erforderlichen Stunden können nicht aus dem Bereich der Sekundarstufe I abgezweigt werden.

In Bayern „bieten die Schulen vielfältige Brückenangebote an. Dazu gehören z. B. Förderunterricht in Deutsch, Englisch und Mathematik“ (Kultusminister Ludwig Spaenle in einer Pressemitteilung vom 4. März 2013). Solche Angebote müssen auch an den rheinland-pfälzischen Fachoberschulen möglich werden.

Obwohl sich die Kooperation mit benachbarten Berufsschulen zunehmend



Foto: Fotolia



entspannter gestaltet, kann nicht verschwiegen werden, dass es an manchen Standorten immer noch „Störfeuer“ gibt. Diese sollten im Interesse der Jugendlichen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften für die Wirtschaft künftig vermieden werden.

wicklung formuliert das Ministerium (am 3. Juli 2013) vorsichtig: „In den kommenden Jahren werde es sinnvolle regionale Ergänzungen nur noch dort geben, wo es sowohl eine Nachfrage von Schülerinnen und Schülern als auch von den Betrieben nach Praktikantinnen und Praktikanten gebe.“

**Aktuelle Standorte und Optionen**

Die Karte zeigt die Standorte der Realschulen mit Fachoberschulen einschließlich der Optionen für 2014. Für die weitere Ent-



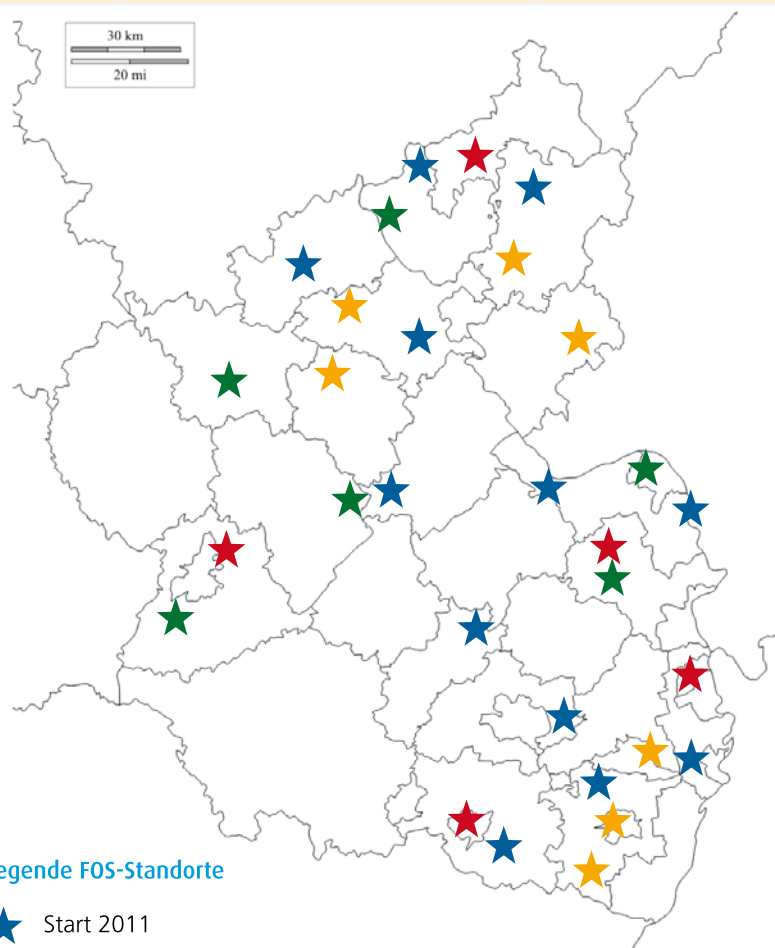
**Errichtungsoptionen für Fachoberschulen zum 1. August 2014:**

Standort	Schule	Fachrichtung (Schwerpunkt)	Landkreis/kreisfreie Stadt
Altenkirchen	RS plus Altenkirchen	Technik (Metalltechnik)	LK Altenkirchen
Frankenthal	Friedrich-Schiller-RS plus	Technik (Techn. Informatik)	Stadt Frankenthal
Pirmasens	Landgraf-Ludwig-RS plus	Technik (Metalltechnik)	Stadt Pirmasens
Schweich	Stefan-Andres-RS plus	Wirtschaft/Verwaltung, Gesundheit	LK Trier-Saarburg
Wörrstadt	Rheingrafen-RS plus	Wirtschaft/Verwaltung	LK Alzey-Worms



Der VDR-Landesvorstand besucht auf der Mainzer Berufsbildungsmesse die Fachoberschulen, die mit einem eigenen Stand vertreten sind.

Foto: Wü



**Legende FOS-Standorte**

- ★ Start 2011
- ★ Start 2012
- ★ Start 2013
- ★ Start 2014

## An Realschule plus bis zum „Fach-Abi“

### Reform: Gute Anmeldezahlen an Fachoberschulen

Die Fachoberschulen (FOS) an Realschulen plus, an denen seit dem Schuljahr 2011/2012 der Abschluss der Fachhochschulreife möglich ist, werden von den Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz sehr gut angenommen. Laut Bildungsministerium bewegt sich die Nachfrage für das Schuljahr 2013/2014 mit durchschnittlich 70 Anmeldungen pro FOS „auf dem hohen Niveau des Vorjahres“.

### Jetzt vier FOS in der Region

1733 Anmeldungen liegen demnach an den 25 FOS im Land vor. Auch alle FOS, die im kommenden Schuljahr neu an den Start gehen wollen, haben die dafür erforderlichen Anmeldezahlen erreicht, zum Teil sogar deutlich übertroffen. Darunter sind im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung auch die neuen FOS an der Gustav-Heinemann-Realschule plus in Alzey und an der Kanonikus-Kir-Realschule plus in Mainz-Gonsenheim. Bereits seit dem Schuljahr 2011/2012 bestehen FOS an der Rochus Realschule plus in Bingen und an der Realschule plus Nierstein.

Mit den FOS wird seit 2011 der letzte Baustein der rheinland-

pfälzischen Schulstrukturreform umgesetzt, die 2009 mit der schrittweisen Abschaffung der Hauptschulen und der Einrichtung von Realschulen plus begonnen hatte. Mit einer FOS werden an ausgesuchten Realschule-plus-Standorten die Klassenstufen elf und zwölf angegliedert. Die FOS haben unterschiedliche Fachrichtungen, in denen die Fachhochschulreife erworben werden kann.

Für Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) ist die Fachoberschule „ein Baustein für ein durchlässiges und aufstiegsorientiertes Bildungsangebot“. Sie gebe den Eltern ein wichtiges Signal: „Auch an der Realschule plus gibt es die Möglichkeit eines qualifizierten Abschlusses, der zum Studium an einer Fachhochschule befähigt.“

### Kritik der BBS-Lehrer

Kritik an den Fachoberschulen kommt allerdings von der Interessenvertretung der Berufsschullehrer. Aufgrund des Schülerrückgangs befürchten sie, dass sich FOS und Berufsbildende Schulen (BBS) an einem Standort gegenseitig Konkurrenz machen und so die Existenz mancher BBS gefährdet sei.

# Erster Jahrgang Fachabitur – Beteiligte ziehen Bilanz

## ► Interviews mit FOS-Koordinatoren

### Thomas Biehl: „Viel Neues zu entscheiden“

Für Koordinator Thomas Biehl, er unterrichtet BWL und Sozialkunde an der FOS Adenau, lag der Anreiz, sich für eine Leitungsaufgabe an einer FOS zu entscheiden, unter anderem in der interessanten Aufgabe, eine neue Schulform mit aufzubauen, und motivierte Schülerinnen und Schüler zu unterrichten.

Seine Erwartungen bezüglich seiner Koordinatorentätigkeit haben sich erfüllt, wobei er allerdings den Anteil der Leitungsaufgaben unterschätzt hatte. „Es ist zumindest in der Aufbauphase der ersten beiden Jahre sehr viel Neues zu entscheiden gewesen, an das man vorher nicht gedacht hat.“

Die Einbindung der FOS in die RS plus erscheint ihm, insbe-



sondere dank des Einsatzes der weiterqualifizierten Kolleginnen und Kollegen, sehr gut gelungen. Seitens des Ministeriums und der Schulaufsicht wünscht sich Thomas Biehl flexiblere Vorgaben bei der Lehrerzuweisung, damit sich die FOS rasch etabliert.

### Praktikumsbetriebe zeigen großes Interesse

Das Praktikum sieht der Koordinator aus vielerlei Gründen positiv: Für die Lernenden ist die Einbeziehung des Praktikums in die schulische Ausbildung der 11. Klasse eine erwünschte Abwechslung zur bisherigen Schulerfahrung. Das Praktikum ist eine hervorragende Möglichkeit, sich für die spätere berufliche Tätigkeit zu entscheiden. „Die Lernenden werden in ihren Praktikumsbetrieben als junge Erwachsene



angesehen und entsprechend behandelt. Sie erkennen die Notwendigkeit von Bildung und passen sich in bestehende Unternehmensstrukturen ein. Dies halte ich im Hinblick auf die Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden für sehr vorteilhaft.“ Auch die Praktikumsbetriebe zeigten großes Interesse und fragten nach Praktikanten für das nächste Schuljahr.

Die Schüler des ersten Durchgangs sehen die FOS als erfolgreiche Wahl, durch die sie ihre Ausgangsbasis für die Zukunft optimieren konnten. Die meisten Ab-

solventen der FOS Adenau werden anschließend in eine duale Ausbildung gehen. Wenige werden direkt ein Studium an einer FH anschließen. Eine Schülerin wird zur BOS II wechseln.

Die Frage, womit man Schülerinnen und Schüler in der 10. Klasse überzeugen könne, eine Fachoberschule zu besuchen, beantwortet Thomas Biehl so: „Sie ist eine Alternative zum Gymnasium oder zur BBS, da der Bezug zur Praxis in keiner anderen Schulform so intensiv ist wie in der FOS.“

## Oliver Beisert: „Wir brauchen personelle Kontinuität“

**Oberstudienrat Oliver Beisert, FOS-Koordinator in Edenkoben, reizte vor zwei Jahren die Aufgabe, einen neuen Bildungsgang nach neuen Vorstellungen aufzubauen. Von der Mischung aus Unterricht und vielfältigen Außenkontakten erhoffte er sich neue interessante Erfahrungen und Impulse für seine Tätigkeit. Der Koordinator unterrichtet BWL, Standardsoftware und Sozialkunde.**



Sein persönliches Fazit nach zwei Jahren klingt optimistisch. Der Aufbau der FOS hat ihm tatsächlich die Chance geboten, selbständig zu arbeiten und Anerkennung zu finden. Er hat Gestaltungsräume vorgefunden und genutzt. Und: Er ist nach seiner eher international ausgerichteten Tätigkeit an der Europaschule Karlsruhe angekommen in einer Region, die in sich stark vernetzt scheint.

Auch sein schulisches Fazit fällt positiv aus. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Praktikumsbetrieben erhoffte er sich vor zwei Jahren eine Situation, in der die Schule von den Betrieben profitieren und deren Know-How anzapfen könne und gleichzeitig sollten die Betriebe auch von den Kompetenzen, die den Schülern in der Schule vermittelt werden, profitieren.

### Die Betriebe sind hochzufrieden

Die Erfahrungen der Schüler aus den Praktikumsbetrieben beeinflussten die tägliche Unterrichtsarbeit. Die Betriebe ihrerseits sind hochzufrieden mit den Entwicklungen, die die Praktikanten durchlaufen. Das Praktikum trägt zur Reifung und Persönlichkeits-

entwicklung bei. Alle Betriebe würden wieder Praktikanten aufnehmen. Die Koordinatorentätigkeit hat sich als vielfältiger erwiesen als erwartet. Die Koordinatoren wurden durch das Ministerium gut unterstützt und sind untereinander vernetzt. Es gab allerdings im Schulalltag immer wieder Unwägbarkeiten in der Personalversorgung. Beisert hofft künftig auf mehr personelle Kontinuität, auf eine sichere, stabile und ausreichende Versorgung, die u. a. eine solide Qualitätsprogrammarbeit (z. B. professionelle Lerngemeinschaften) ermöglicht. Auch die inhaltliche Verzahnung zwischen Schule und Betrieb ließe sich noch weiter entwickeln. Es würde z. B. helfen, das Fach BWL zu stärken.

Die Verzahnung von RS plus und FOS im Schulalltag ist Oliver Beisert wichtig. Der Umgang mit erwachsenen Schülern war neu. Die Hausordnung (z. B. Handynutzung, Verlassen des Schulgeländes) war entsprechend zu überarbeiten. Nach seiner Erfahrung gehen die FOS-Schüler mit ihren Freiräumen verantwortungsbewusst um. Er rät auch, darauf zu achten, dass in RS plus und FOS nicht zwei Lehrerkollegien entstehen.

Seine Antwort auf unsere Schlussfrage „Wie, glauben Sie, bewerten die Schüler am Ende des ersten Durchgangs die FOS?“ zeigt, dass sich der Koordinator neue Ziele gesetzt hat. „Sie fanden die Prüfungen anspruchsvoll. Und sie fühlten sich auf dem Weg dahin gut unterstützt. Ich glaube, dass wir künftig noch zusätzliche Leistungspotenziale abrufen können.“



## Bettina Becht: „Die Fachoberschule schafft Anreize und fordert heraus“

Für Bettina Becht, sie unterrichtet Englisch und Französisch an der RS plus und FOS Edenkoben, lag der Anreiz, sich für die Arbeit in einer FOS zu entscheiden, im Interesse, die eigenen Schüler auf ihrem Weg nach der mittleren Reife zu begleiten, mit älteren Schülern zu arbeiten, und im Berufsweltbezug. Sie sah die fachliche Herausforderung des Unterrichts in der Oberstufe. Darüber hinaus konnte sie ihrem grundsätzlichen Interesse nachgehen, sich beruflich weiterzubilden.



Die unterrichtliche Herausforderung in der FOS empfand sie je nach Fach unterschiedlich: „Französisch ist Anfängerunterricht in kleinen Gruppen, also ein angenehmes Unterrichten. Der Englischunterricht unterscheidet sich sprachlich (Niveau B2), inhaltlich (Wirtschaftsenglisch) und methodisch (Lernaufgabe, Lernschleife) vom Unterricht der Sek I und ist dadurch eine tatsächliche Herausforderung. Hier waren die Begleitung durch das Fachseminar und der Austausch mit Kollegen anderer Fachoberschulen sehr hilfreich.“

### Die Fachleiter waren wichtige Ansprechpartner

Auf die Frage, ob sich ihre Erwartungen an die Weiterbildung erfüllt hätten, führt sie aus: „Die Weiterqualifizierung im Allgemeinen Seminar und im Fachseminar war eine wichtige Maßnahme begleitend zum FOS-Unterricht. Im Allgemeinen Seminar erhielten wir Einblick in die vielfältigen Schulformen der Berufsbildenden Schulen und wissen nun, wohin wir unsere Schüler nach der 10. Klasse entlassen, und können sie dementsprechend besser beraten und darauf vorbereiten.“

In den Fachseminaren wurden wir speziell auf das Unterrichten unserer Fächer vorbereitet. Die Fachleiter waren wichtige Ansprechpartner, die während und auch nach der Weiterqualifizierungsmaßnahme für Fragen zur Verfügung standen und uns mit wertvollen Materialien und unterrichtspraktischen Beispielen versorgt haben. Besonders interessant waren die Themen, die sich vom Unterricht in der Sekundarstufe I unterscheiden, wie der starke Berufsbezug, das Erstellen von mündlichen und schriftlichen Fachabituraufgaben, Korrektur und Bewertung der Fachabiturarbeiten etc.“ Mit Blick auf den Weg zur Aufstiegsprüfung sieht sich Bettina Becht, wie viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen, nur zögerlich und

unflexibel unterstützt. Sie hätten erwartet, dass ihnen zumindest ein Teil der Aufstiegsprüfung erlassen wird. „Schließlich haben wir über ein Jahr hinweg an den Fachseminaren und an den Allgemeinen Seminaren teilgenommen, zwei Unterrichtsentwürfe geschrieben, zwei mündliche Prüfungen abgelegt, und nun stehen wir – was die Aufstiegsprüfung angeht – vor genau denselben Anforderungen wie jeder andere Realschullehrer auch, der sich dafür interessiert.“

Auf die Frage, ob sie diesbezüglich einen Vorschlag hätte, meinte sie: „Ich würde mir wünschen, dass z. B. auf die wissenschaftliche Hausarbeit verzichtet wird, da es sich um eine rein wissenschaftliche Arbeit handelt, die in keinem Bezug zur Unterrichtspraxis steht.“

### Schüler erschienen am Ende der 11. Klasse wesentlich reifer als zu Beginn

Bettina Becht sieht die Einbeziehung des Praktikums in die schulische Ausbildung der 11. Klasse positiv. Es sei zwar – bei nur zwei Vormittagen Unterricht in der Woche – nicht einfach, das geforderte Niveau zu erreichen, „allerdings befruchten sich schulisches Lernen und das Praktikum auch gegenseitig. Einerseits richtet sich der schulische Unterricht stark an beruflichen Themen, andererseits erfahren die Schüler im Praktikum, dass das, was sie in der Schule gelernt haben, auch im Berufsleben gebraucht wird, dass sie ihr Wissen anwenden können.“ Nach Ihrer Einschätzung hat das Praktikum die Einstellung der Schülerinnen und Schüler zum Lernen beeinflusst: „Viele Schüler erschienen am Ende der 11. Klasse wesentlich reifer als zu Beginn des Schuljahres. Sie begreifen plötzlich, wozu sie lernen, handeln zielgerichteter und übernehmen mehr Selbstverantwortung für ihr Lernen.“

**Abschließend nennt sie vier Aspekte, wie man Schülerinnen und Schüler in der 10. Klasse überzeugen könne, eine Fachoberschule zu besuchen:**

- Die FOS ist der schnellste Weg zum Fachabitur.
- Die FOS wird an den Standorten der Realschulen plus angeboten, so dass kein Schulwechsel notwendig ist.
- Die FOS ermöglicht im Anschluss den Übergang an die BOS II, wo man das allgemeine Abitur erlangen kann.
- Die FOS bei einer RS plus ist eine überschaubare Schulform, wo Schüler, Lehrer, Eltern und Betriebe in engem Kontakt miteinander stehen.



## Lucia Görtz: „Ich konnte Ideen umsetzen und experimentieren“

Lucia Görtz unterrichtet in der FOS Schifferstadt die Fächer Deutsch, Religion und Ethik. Einen besonderen Anreiz, sich für die Arbeit in einer FOS zu entscheiden, sah sie in der fachlichen Herausforderung des Unterrichts in einer Oberstufe. Sie machte die Erfahrung, dass es eines hohen Zeitaufwandes bedurfte, den Unterricht vorzubereiten und abwechslungsreich zu gestalten. „Aber ich konnte Ideen umsetzen und experimentieren. Gänzlich neu war für mich der Bereich ‚Kommunikation im Arbeitsleben‘, der im 1. Halbjahr der 11. Klasse unterrichtet wird.“

Ihre Erwartungen an die Weiterbildung wurden erfüllt: Sie war nicht nur für den Unterricht in der FOS interessant: „Ich habe viele neue Methoden erfahren, die ich auch in der Sek. I einsetzen kann. Allerdings fand ich die theoretischen Anteile der Weiterbildung sehr umfangreich. Die Fachseminare waren eher praxisbezogen und verbunden mit den Hospitationen sehr effektiv.“

### Unterstützung des Ministeriums unzureichend

Die Unterstützung, die sich die Lehrkräfte in der FOS vom Ministerium erwarten durften, empfand Frau

Görtz als unzureichend, den Umgang gelegentlich situationsfremd und formalistisch.



Verärgerung ausgelöst habe z. B., dass ein Kolloquium zunächst unbenotet abverlangt wurde, wiederholt werden sollte, wollte man dafür mehr als ein „Bestanden“ haben. In den Aufstiegsprüfungs-Formalismen des Ministeriums sieht sie mangelndes Verständnis für die Realschullehrkräfte, „die in der FOS unterrichten wollen und bereit sind, neben dem Schulalltag die Qualifizierungsmaßnahme mit

Prüfungslehrprobe zu absolvieren, dann einen hohen Vorbereitungsaufwand zu betreiben und mit dem Fachabitur eine enorme Belastung auf sich zu nehmen. Man müsste in Mainz doch wahrnehmen, dass die Realschullehrkräfte aus Idealismus – und ohne jeden finanziellen Anreiz – in der FOS unterrichten wollen und sich dafür weiterqualifizieren.“

Lucia Görtz würde gerne weiterhin in der FOS unterrichten. Sie wünscht sich, dass Unzulänglichkeiten der Startphase, zu denen sie im Übrigen auch die Organisation des Praktikums und die Lehrerversorgung zählt, im nächsten Durchlauf ausgeräumt bzw. nachreguliert werden.

## Claudia Gutting: „Meine Erwartungen haben sich erfüllt“

**Claudia Gutting unterrichtet Englisch und Religion an der FOS Edenkoben. Sie sieht die FOS sowohl für sich als auch für ihre Schülerinnen und Schüler als Chance, sich stetig weiterzuentwickeln.**

Die unterrichtliche Herausforderung der FOS beschreibt sie so: „Zu Beginn des 11. Schuljahres findet sich eine sehr heterogene Gruppe verschiedenster Schülerinnen und Schüler, die aus unterschiedlichen Schulformen kommen, zusammen. Das ist einerseits sehr spannend, andererseits dauert es auch etwas, bis sich die Klassen gefunden haben, da



sie sich ja nur zweimal pro Woche treffen.

Es war auch schnell klar, dass ein nur am Lehrwerk ausgerichteter Unterricht, nicht in ausreichendem Maße auf die Fachhochschulreifeprüfung vorbereiten kann. So war die Unterrichtsvorbereitung meist zeitlich sehr intensiv, zumal sich die Themen ja am Schwerpunkt, Wirtschaft und Verwaltung orientiert haben. Ich habe selbst sehr viel dabei gelernt und hoffe meine Schüler auch, zumal viele zum ersten Mal mit Original-

texten, d. h. keinen didaktisierten Lehrwerkstexten (wie in der Sek. I) in Berührung kamen und sich somit selbstständig Erarbeitungsstrategien aneignen mussten.“

### Ich bekam immer eine hilfreiche Antwort zurück

Ihre Erwartungen an die Weiterbildung wurden überwiegend erfüllt. „Allerdings hätte gerade der fachbezogene Teil noch mehr praktische, d. h. direkt umsetzbare Tipps und Ratschläge, beinhalten können, insbesondere in Bezug auf Klassenarbeiten und die schriftlichen und mündlichen Endprüfungen. Es war jedoch immer möglich, unseren Fachleiter bei auftretenden Fragen kurz per E-Mail zu kontaktieren: Und ich bekam auch immer eine hilfreiche Antwort zurück. Sehr informativ waren auch die Fortbildungen, die vom Pädagogischen Institut zu den Fachhochschulreifeprüfungen angeboten wurden. In diesem Frühjahr fand auch ein Netzwerktreffen für alle Fachgruppen statt, das nun regelmäßig an wechselnden Standorten zusammenkommen wird. Diese Art der Vernetzung ist meiner Meinung nach elementar wichtig zum gegenseitigen Austausch und zur eigenen Horizonterweiterung.“

Ihre Wünsche hinsichtlich der ministeriellen Unter-

stützung bei der Vorbereitung auf die Aufstiegsprüfung fasst sie in einem Satz zusammen: „Ich wäre sehr froh darüber, wenn die von uns geleistete, sehr arbeits- und zeitaufwendige Pionierarbeit anerkannt und angerechnet würde.“

Ihrer Erwartungen an die FOS haben sich weitgehend erfüllt: „Gerade in der Jahrgangsstufe 12 war ein sehr gutes Verhältnis zwischen dem kleinen Lehrerteam und den Klassen, die ja nun jeden Tag anwesend waren, zu spüren. So war es möglich, die Schülerinnen und Schüler auch immer wieder individuell zu beraten. Es war interessant zu beobachten, wie sich die motivierten Schülerinnen und Schüler im Laufe der beiden Jahre durch sehr viel Eigeninitiative sowohl schulisch als auch persönlich weiterentwickelten.“

### Schüler können individuell beraten werden

**Claudia Gutting glaubt, dass man Schüler in der 10. Klasse mit zwei Argumenten überzeugen könne, eine Fachoberschule zu besuchen:**

- Die FOS bietet die Chance, sich sowohl schulisch weiter zu qualifizieren als auch weitreichende Einblicke in die Berufswelt zu bekommen.
- Dazu kommt die Aussicht, in kleinen Klassen- und Lehrerteams individuell beraten zu werden.

## ► Interviews mit FOS-Schülern

# Und so urteilen die Absolventinnen und Absolventen

### Marcel Acker



... sieht seine Erwartungen an die FOS „voll erfüllt“. Er berichtet darüber hinaus, dass das FOS-Praktikum nicht nur seine Einstellung zum Lernen verändert („Es fiel mir durch den Praxiseinfluss deutlich leichter.“), sondern auch seine Lebensplanung gravierend beeinflusst hat: „Nach den zwei Jahren werde ich einen ganz anderen Weg einschlagen, als ich mir zuvor vorgestellt hatte. Ich werde ein Duales Studium in Weinbau und Oenologie anschließen.“

Vor zwei Jahren hatte er als Hobby angegeben: „Arbeiten im Weinberg“. Es sieht also so aus, als wolle er sein Hobby zum Beruf machen ...

### Sophia Gentillet



... hat an der FOS (Edenkoben) geschätzt, „dass trotz Oberstufe kein Ganztagsunterricht stattgefunden hat und jeder Lehrer auch für uns ‚Neulinge‘ aus den umliegenden Schulen immer zugewandt und offen für Neues war.“

Sie würde sich heute wieder für eine FOS entscheiden: „Wenn man sich für die Richtung Wirtschaft und Verwaltung interessiert, hat man hier die Möglichkeit, einen guten Abschluss in dieser Berufsrichtung zu erreichen.“ Seit dem Praktikum wusste sie genau, „in welche Richtung ich für meine Zukunft gehen möchte“. Sophia wird nun eine Berufsausbildung als Industriekauffrau anschließen.



Jaqueline Wyrott

... bewertet insbesondere das Praktikum positiv. „Ich habe viel praktisch arbeiten dürfen und ich bekam außerdem das nötige Vertrauen des Unternehmens.“

Auch die Einbeziehung des Praktikums in die schulische Ausbildung der 11. Klasse hält sie für geglückt: „Herr Beisert ist im Wirtschaftsunterricht immer auf Beispiele aus unseren Betrieben eingegangen und hat sich erkundigt, was wir schon kennengelernt haben.“



Im Praktikum hat sie auch Vorurteile relativiert: „Ich weiß jetzt, dass ein Job im Büro Spaß machen kann und das durchaus etwas für mich wäre. Ein Bürojob muss nicht immer langweilig sein!“

An der FOS hat Jaqueline besonders geschätzt, dass der Französischunterricht gefördert wurde. Sie wechselt nun von Edenkoben an die BBS in Landau und absolviert dort in der BOS II das 13. Schuljahr.

Heinz Heckmann

... war vor zwei Jahren noch nicht auf ein Berufsziel festgelegt und gespannt auf die Berufsweltblicke in einem Handelsunternehmen. Er findet es heute interessant, mal „in einen Büroberuf reinzuschneppern“ und herauszufinden, „dies will man nie im Leben machen...“



Im Rückblick würde er sich wieder für eine FOS entscheiden: „Der Mix aus Praktikum und Schule war schön abwechslungsreich und das Fachabitur in zwei Jahren zu erwerben, ist schon eine tolle Sache.“

Er glaubt, Schüler in der 10. Klasse könne man mit drei Argumenten überzeugen, eine Fachoberschule zu besuchen: 6 Stunden täglich in Klasse 12 – Praktikum sehr cool – Praxiserfahrung wird bei Jobsuche sehr geschätzt.

Norman Kleefeld

... würde sich jederzeit wieder für die FOS entscheiden, da ihm die Kombination zwischen Praktikum und Schule sehr zugesagt hat. Seine Praktikumsstelle in einem Möbelhaus hat er selbst gesucht, „weil es ein regional großes Unternehmen ist und mir gute Chancen gezeigt hat, die für das Praktikum relevant waren“. Seine Erwartungen an das Praktikum wurden erfüllt: „Ich habe schnell gemerkt, dass der reine Bürojob nichts für mich ist.“



Mit Blick auf die Tatsache, dass sich in der FOS Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen zusammenfinden, regt er für das Edenkobener Schulprogramm an: „Rückblickend hätte ich es spitze gefunden, eine Integrationsfahrt zu machen, um sich besser kennenzulernen.“

Norman wird an das Fachabitur zunächst ein Work-and-Travel-Jahr in Neuseeland anschließen.

## Mira Weber

... sieht ihre Erwartungen an die Fachoberschule erfüllt, „da Praktisches und Theoretisches perfekt verflochten wurde.“ Im Praktikum „habe ich mich sehr wohl gefühlt, und das Jahr ging zu schnell vorüber.“ Durch den ständigen Kontakt mit Menschen sah sie sich in ihrer

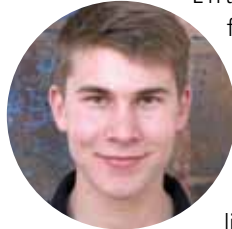


Offenheit bestärkt. Mira wird Event-Management studieren.

Schüler in der 10. Klasse könnte man ihres Erachtens folgendermaßen überzeugen, eine Fachoberschule zu besuchen: „Man macht Erfahrungen fürs Leben durch den Einblick in die Arbeitswelt. Ebenso hat man durch Berufserfahrungen bessere Chancen im Job.“

## Lucas Eberle

... fand vor zwei Jahren bei seiner Entscheidung für die FOS Edenkoben die Verzahnung von schulischer und beruflicher Praxis reizvoll. Heute



sieht er sich bestätigt: „Meine Erwartungen sind klar erfüllt worden. Die Abwechslung zwischen Schule und Betrieb hat mir sehr gut gefallen.“ Er sieht den Wert des Praktikums auch unter folgendem Aspekt: „Dadurch, dass die Themen aus dem Unterricht auch im Betrieb zu finden waren, gab es mehr Motivation.“

Seine damaligen Berufsziele haben sich in den letzten zwei Jahren nicht geändert. Er absolviert jetzt eine „Ausbildung zum Winzer und danach ein Studium.“



## Sinika Mohr

... wird im Anschluss an die Fachhochschulreife eine Ausbildung in der



Kreisverwaltung Bad Dürkheim als Verwaltungsfachangestellte absolvieren. Hier hatte sie bereits das Praktikum in Klasse 11 abgeleistet.

Die FOS-Zeit war für sie abwechslungsreich. Das Praktikum half, den Berufsalltag kennen zu lernen. An der FOS hat sie besonders geschätzt, „dass sich die Lehrer gut um uns gekümmert haben.“

*Interviews und Fotos: Wü*

### ► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 19. AUGUST 2013

## Fachoberschule: Das „Kernstück der Schulstrukturreform“ verdient Unterstützung!

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) begrüßt, dass die Ministerin mit ihrem zweiten Besuch einer Fachoberschule (FOS) zum Schuljahresbeginn unterstreicht, dass ihr diese Schulart besonders am Herzen liegt. Die Anbindung der FOS an die Realschule plus hat Doris Ahnen stets als Kernstück der Schulstrukturreform bezeichnet. Mit einem direkten Zugang von der Realschule zur Fachhochschule wurde eine langjährige Forderung des VDR weitgehend erfüllt.

„Bei der ministeriellen Begeisterung für das ‚Plus‘ an der Realschule plus hätten sich die Betroffenen allerdings etwas mehr praktische Unterstützung für das Projekt gewünscht“, merkt VDR-Chef Bernd Karst kritisch an. Als Schulleiter einer Realschule plus mit FOS kennt er die Praxis. So wurde an jeder FOS nur einer Lehrkraft pro Fach erlaubt, sich für den Unterricht in der Oberstufe weiter zu qualifizieren. Für die Hauptfächer in zwei

Jahrgangsstufen müssten an jedem Standort aber mindestens jeweils zwei Lehrkräfte die Unterrichtsbefugnis für die Sekundarstufe II haben, um im Krankheitsfall die Vertretung sicher zu stellen und einen Zweitkorrektor für die Abschlussprüfung zur Verfügung zu haben.

Die bei anderen Oberstufenangeboten speziell auch für die Schulleitung üblichen besonderen Arbeitszeit- und Besoldungsbedingungen sind für die Realschulen plus mit FOS noch immer weitgehend ausgeklammert. Hier besteht für das Ministerium Handlungsbedarf.

Die Praxis hat außerdem gezeigt, dass an der FOS Jugendliche aus sehr unterschiedlichen Schulen und damit mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen angemeldet werden. Um allen einen erfolgreichen Besuch der FOS zu ermöglichen, sind zusätzliche Fördermaßnahmen notwendig.



## URTEIL

### Schmerzensgeld wegen Internetmobbing

Das Internet gewinnt gerade für Jugendliche immer mehr an Bedeutung. Dass diese Entwicklung auch negative Seiten hat, weiß jeder – eine der schlimmsten davon ist Internet-Mobbing. Die Inhalte verbreiten sich unkontrollierbar im Netz und lassen sich kaum noch löschen – bei den Opfern führen solche Attacken häufig zu schwerwiegenden psychischen Schäden. Die Täter werden selten angemessen zur Rechenschaft gezogen.

Kürzlich hat jedoch das Landgericht Bonn in einem Fall von Internet-Mobbing entschieden, dass die beiden verantwortlichen Schüler, beziehungsweise deren Eltern, dem Opfer Schmerzensgeld zahlen müssen.

2010 hatten die beiden 13-Jährigen ein Video mit extrem rassistischen und sexistischen Beleidigungen gegen einen farbigen Mitschüler ins Internet gestellt; die Familie des Jungen erstattete daraufhin Anzeige. Das Video wurde aus dem Netz genommen, und im Rahmen einer gütlichen Einigung wurde eine Unterlassungsvereinbarung geschlossen. Außerdem erhielt die Familie des Opfers 5.000 Euro Schmerzensgeld.

Fazit: Man kann hoffen, dass Mobbing-Opfer durch den Verlauf dieses Falles ermutigt werden, sich gegen derlei Übergriffe zu wehren – im Zweifel vor Gericht.

*wü/Quelle: [www.news4teachers.de/2013/06/urteil-13-jahriger-erhalt-5-000-euro-schmerzensgeld-wegen-internetmobbing/](http://www.news4teachers.de/2013/06/urteil-13-jahriger-erhalt-5-000-euro-schmerzensgeld-wegen-internetmobbing/)*

## VDR-Rechtsschutz

### Fragen an den Rechtsschutzbeauftragten

Hermann Kölsch ist als VDR-Rechtsschutzbeauftragter Anlaufstelle für Lehrkräfte, die Rat und Unterstützung suchen in schwierigen dienstlichen Konfliktsituationen. VDR-Mitglieder, die für einen Problemfall aus ihrem dienstlichen Bereich rechtliche Beratung oder Rechtshilfe suchen, wenden sich schriftlich – auch per E-Mail – an den VDR-Rechtsschutzbeauftragten

Hermann Kölsch. In ihrem Schreiben soll der Sachverhalt geschildert und eine Fragestellung formuliert sein, bereits vorhandener Schriftverkehr sollte beigefügt werden.

**Wichtig:** die Kosten für einen bereits extern eingeschalteten Anwalt können nicht übernommen werden, weil der DBB eigene Anwälte beschäftigt.

*wü*



Foto: VDR

**Adresse:** Hermann Kölsch • St.-Josef-Str. 2 • Pirmasens  
**Telefon:** 0 63 31/9 72 94 • **E-Mail:** [koelsch.hermann@vdr-rlp.de](mailto:koelsch.hermann@vdr-rlp.de)

**Online:** [www.realschule-vdr.de/mainframe.asp?lang=de&e1=888](http://www.realschule-vdr.de/mainframe.asp?lang=de&e1=888)  
**Oder direkt mit dem Smartphone den QR-Code einscannen**



## UNTERRICHTSVERBOT FÜR EINEN LEHRER Austausch sexueller Anzänglichkeiten mit einer Schülerin in sozialen Netzwerken

Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Aachen hat mit Beschluss vom 1. Juli 2013 entschieden, dass ein Lehrer, der über soziale Netzwerke mit einer 16-jährigen Schülerin privat kommuniziert und dabei explizit sein sexuelles Interesse an dem Mädchen zum Ausdruck bringt, mit einem Unterrichtsverbot belegt werden darf.

Der 40-jährige Lehrer hatte über Monate privaten Kontakt mit einer seiner Schülerinnen und sie schließlich gebeten, mit ihm sexuell zu verkehren. Als es der Schülerin zu viel wurde und sie sich ihrer Schulleitung offenbarte, verbot ihm die Bezirksregierung Köln mit sofortiger Wirkung die Führung der Dienstgeschäfte und kündigte die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis an.

Der Lehrer wandte sich an das Gericht und erläuterte, dass er einen Fehler begangen habe. Da es aber zu keinem Zeitpunkt körperliche sexuelle Kontakte mit der Schülerin gegeben habe, seien das Unterrichtsverbot und die dem wahrscheinlich folgende Entlassung aus dem Beamtenverhältnis unverhältnismäßig. Mit der Versetzung an eine andere Schule würde er sich einverstanden erklären.

Das Gericht hat in seinem Beschluss betont, dass bereits die verbalen sexuellen Kontakte zu einer seiner Schülerinnen eine weitere Unterrichtstätigkeit des Lehrers nicht zuließen.

Der Beschluss ist nicht rechtskräftig.

*(Aktenzeichen: 1 L 251/13)*

*hr/Quelle: Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Aachen vom 3. Juli 2013*

► **Tätlichkeit gegenüber Schulleiter**

# Hausverbot für Schülervater

Das VG Mainz hat in einem Eilverfahren die sofortige Vollziehung eines Hausverbots bestätigt, das eine weiterführende Schule in Rheinhessen gegenüber dem Vater eines Schülers wegen des Vorwurfs einer Tätlichkeit gegenüber dem Schulleiter verhängt hat.

Die Schule begründete das Hausverbot wie folgt: Der Vater eines Schülers (Antragsteller) sei in das Büro des Schulleiters eingedrungen, um diesen zu veranlassen, Schülerinnen ihre Handys zurückzugeben, welche von Lehrkräften wegen eines Verstoßes gegen das schulische Handyverbot bis zum Unterrichtsende in Verwahrung genommen worden seien. Als der Schulleiter ihn aufgefordert habe, sein Büro zu verlassen, habe der Antragsteller die Tür zum Sekretariat geschlossen, sei auf den Schulleiter zugegangen und habe diesem unvermittelt ein Knie zwischen die Beine gerammt.

## Antragsteller legt Widerspruch ein

Die Schule ordnete die sofortige Vollziehung des Hausverbots an. Der Antragsteller legte bei der Schule Widerspruch ein und beantragte beim Verwaltungsgericht die Aussetzung des Sofortvollzugs. Er stellte die ihm zur Last gelegte Tätlichkeit in Abrede und machte zudem geltend, dass es unverhältnismäßig wäre, wenn er wegen des sofortigen Hausverbots nicht an der zwei Tage später stattfindenden Abschlussfeier seines Sohnes teilnehmen könnte.

Das Verwaltungsgericht Mainz hat den Antrag abgelehnt.

## Schülervater bereits zuvor auffällig

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts ist das Hausverbot offensichtlich rechtmäßig, weil der Antragsteller den Hausfrieden und dadurch den Schulbetrieb in einer Weise gestört hat, dass die Unterrichts- und Erziehungsarbeit beeinträchtigt wird. Es bestünden keinerlei Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des Schulleiters. Dies gelte umso mehr, als der Antragsteller vor ein paar Monaten schon einmal auffällig geworden sei, indem er sich Zugang zu dem Büro des Schulleiters verschafft und diesen sowie eine weitere Bedienstete beschimpft habe, was damals zu einem ersten – befristeten – Hausverbot für den Antragsteller geführt habe.

Wegen der Vorgeschichte sei zu befürchten, dass der Antragsteller auch bei der bevorstehenden Abschlussfeier Störungen verursachen würde, zumal er angekündigt habe, trotz des Alkoholverbots bei der Feier in einer Kühlbox Alkohol mitzubringen.

Az.: 6 L 744/13.MZ



Foto: Fotolia



**Wolfgang Häring**  
haering.wolfgang@vdr-rlp.de



## IFD ALLENSBACH

### Hohes Ansehen für Ärzte und Lehrer

Seit Jahrzehnten erhebt das Institut für Demoskopie Allensbach regelmäßig das Ansehen bestimmter Berufe in der Bevölkerung. In der Berufsprestige-Skala 2013 liegt dabei der Beruf des Arztes erneut unangefochten an der Spitze: 76 Prozent der Deutschen zählen den Arzt zu den fünf Berufen, die sie am meisten schätzen. Den zweiten Rang belegt abermals die Krankenschwester mit 63 Prozent. An dritter Stelle im Ranking folgt der Beruf des Polizisten, der von 49 Prozent geschätzt wird. Dahinter liegen Lehrer

mit 41 Prozent. Zu den Schlusslichtern der Rangliste gehören unverändert Fernsehmoderatoren (3 Prozent) und Banker (3 Prozent). Nur geringfügig besser schneidet der Beruf des Politikers ab, der von nur 6 Prozent der Bevölkerung zu den Berufen gezählt wird, vor denen man am meisten Achtung hat.

*wü/Quelle: Allensbacher Berufsprestige-Skala 2013 (www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\_reportsdocs/PD\_2013\_05.pdf)*

## ROLLENVORBILDER

### Jung gesucht – gerne auch männlich?

Man sollte meinen, dass die Landesregierung durch die regelmäßigen Erhebungen des Statistischen Landesamtes eine solide Planungsvorlage hat, um konzeptionell auf das Ausscheiden einer ganzen Lehrergeneration reagieren zu können. Es sieht übrigens auch so aus, dass Männer im Lehrerberuf zunehmend rarer werden. Es ist unstrittig, dass Kinder für ihre Entwicklung auch auf männliche Bezugspersonen bzw. Rollenvorbilder angewiesen sind. Oft genug fehlen sie im familiären Umfeld. Das sollte sich in den Schulen nicht widerspiegeln.

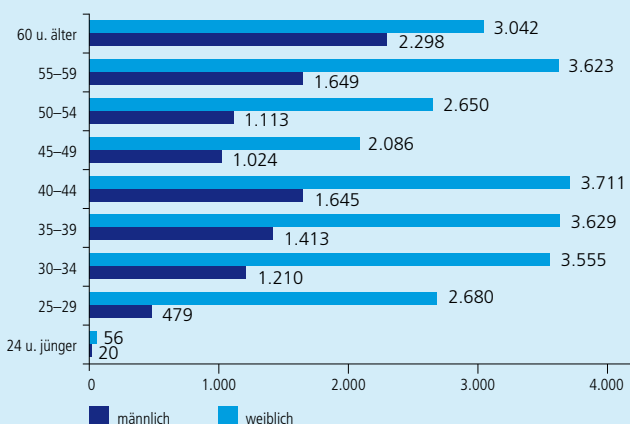
Die Landesregierung hätte die Chance, perspektivisch zu handeln. Es gibt genügend in RLP

ausgebildete Lehrkräfte – übrigens auch männliche –, die bereit wären, Abhilfe zu schaffen. Wir drucken nebenstehend den Leserbrief eines jungen Kollegen ab, der exemplarisch zeigt, dass Rheinland-Pfalz offenkundig zu wenig dagegen unternimmt, hier ausgebildete Lehrer an andere Bundesländer zu verlieren.

Verwundern kann nicht, dass zunehmend der Eindruck entsteht, die Landesregierung ziehe statistisches Material vorzugsweise dann für den Bildungsbereich heran, wenn das Finanzministerium Sparpotenziale erzeugen möchte.

*Eich/Quelle: Statistisches Landesamt*

**Vier von zehn Lehrkräften sind 50 Jahre oder älter**  
Altersstruktur der hauptamtlichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13



Rund 70 Prozent der hauptamtlichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sind Frauen. Im Schuljahr 2012/13 gibt es 25.032 Lehrerinnen und 10.851 Lehrer.

Gut vier von zehn Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen sind 50 Jahre oder älter.

Unter den Lehrerinnen beträgt der Anteil der Personen ab 50 Jahren 37 Prozent. Bei den männlichen Lehrkräften knapp 47 Prozent.

Hallo Herr Eich,

(...) Ich will Sie über den Stand meiner Bewerbung auf dem Laufenden halten ...

Ich habe von der ADD ... nichts gehört. Sowohl hinsichtlich Planstelle als auch in Bezug auf eine Vertretungsstelle scheine ich also wohl kein Angebot zu bekommen.

Gute und sehr gute Noten in beiden Staats-examen und ein seit 5,5 Jahren überdauerndes Engagement beim Land Rheinland-Pfalz während des Studiums und dem Referendariat (...), scheinen wohl nicht genug zu sein. Meine anfängliche Geduld wandelt sich allmählich in eine massive Enttäuschung, da auf keine positive Perspektive im Land Rheinland-Pfalz zu hoffen ist. Sehr schade! Zumindest einen Angestelltenvertrag hatte ich mir erhofft. Nun ja ...

Ich habe eine Vertretungsstelle an einer großen Gesamtschule [in Hessen] angenommen. Jährlich erhält die Schule einige neue Planstellen, da die Schülerprognose eher positiv ausfällt.

Das Land Hessen und im Speziellen [meine neue Schule] geben mir Hoffnung!!!

Vielen Dank für Ihr offenes Ohr! Ich wollte Ihnen den momentanen Stand auf jeden Fall kurz skizzieren ... deshalb diese E-Mail.



## Sollen Lehrer zu Saisonarbeitern werden?

Das neue Schuljahr hat begonnen und auch dieses Jahr breitet sich das Phänomen der befristeten Verträge an Schulen immer weiter aus. Der häufigste Befristungsgrund ist die Vertretung. Folgen mehrere solcher Verträge aufeinander, spricht man von Kettenverträgen. Im Extremfall werden Lehrer so jahrelang hingehalten und warten vergebens auf eine Planstelle.

Grundlage der Befristung der Arbeitsverträge ist § 14 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG). Danach können u. a. befristete Arbeitsverträge in beliebiger Zahl aufeinanderfolgen, wenn für jeden Vertrag ein Befristungsgrund (z. B. die Vertretung einer oder auch mehrerer namentlich genannter Lehrkraft/Lehrkräfte) vorliegt. Liegt kein Befristungsgrund vor, entsteht durch mehr als dreimalige Verlängerung (sog. Kettenvertrag) in einem Zeitraum von mehr als drei Jahren ein unbefristeter Arbeitsvertrag.

Um keinen Anspruch auf entfristete Anstellung ableiten zu können, wird jeder Vertretungsvertrag an eine zu vertretende Lehrkraft gekoppelt.

Dadurch können Lehrer/innen in die Situation der dauerhaften Vertretung gebracht

werden. Sie leben immer mit der Ungewissheit. Sie können ihr Privatleben nur schlecht planen, wissen nicht, ob nach den Ferien eine Weiterbeschäftigung erfolgt. Die drohende Arbeitslosigkeit hemmt die Lebensqualität und hemmt die Motivation. Kaum, dass die Kolleginnen und Kollegen sich in den Schulbetrieb eingewöhnt sowie eine Wohnung organisiert haben, müssen sie bereits wieder den Arbeitsplatz wechseln. Von daher verwundert es nicht, dass gut qualifizierte Junglehrer/innen in benachbarte Bundesländer abwandern.

Die prekäre Beschäftigungssituation, die für häufigen Lehrerwechsel sorgt, hat Nachteile für die Schüler und verärgert Eltern. Die Kinder können aufgrund der mangelnden Lehrer-Kontinuität nicht mit einer festen Bezugsperson rechnen. Kaum haben sie sich an ihre/n Klassenlehrer/in gewöhnt, kommt der/die nächste.

Diese unguete Situation muss sich schnellstens ändern: Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind unabdingbar.



Regina Bollinger  
bollinger.regina@vdr-rlp.de



Schafft Unsicherheit und Frust: Befristetes Beschäftigungsverhältnis für Lehrer  
Foto: Fotolia

► AUS DER PRESSE: FAZ VOM 13. MAI 2013 – VON SVEN ASTHEIMER UND CORINNA BUDRAS

## Arbeitslos in den Sommerferien – Kettenbefristungen für Lehrer arbeitsrechtlich fragwürdig

**13.05.2013 · Die Bundesländer sparen Geld zu Lasten der Bundesagentur für Arbeit: Im vergangenen Sommer mussten sich 5.400 Pädagogen arbeitslos melden, meist, wegen Kettenbefristungen. Ist das überhaupt erlaubt? Arbeitsrechtlich bewegen sich die Länder auf dünnem Eis.**

Arbeitsrechtlich ist es dünnes Eis, auf dem sich die Bundesländer bewegen: Ihre Praxis, befristete Lehrerverträge vor den Sommerferien auslaufen zu lassen und eine Anschlussbeschäftigung erst nach den Ferien anzubieten, ist sogar gefähr-

lich für die Länder als Arbeitgeber: Je häufiger sie einen Lehrer nur für einen kurzen Zeitraum anstellen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihn über kurz oder lang unbefristet einstellen müssen.

Grund dafür ist ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das im Juli 2012 seine jahrzehntelange Rechtsprechung änderte. In der Entscheidung stellte es klar, dass Kettenbefristungen zwar grundsätzlich möglich sind, wenn der Arbeitgeber einen Sachgrund vorweisen kann. Im Schulbereich sind das häufig Vertretungsstellen für Lehrer, die länger ausfallen. Allerdings

sind sie nicht mehr zulässig, wenn sie rechtsmissbräuchlich eingesetzt werden.

### Hessische Lehrerin gewann vor Gießener Arbeitsgericht

Dabei zogen die Erfurter Bundesrichter die folgenden Grenzen ein: Vier Arbeitsverträge in knapp acht Jahren reichten ihnen noch nicht aus, um die Befristung unwirksam werden zu lassen (Az.: 7 AZR 783/10); elf Jahre beim Amtsgericht Köln mit insgesamt 13 befristeten Arbeitsverträgen dagegen schon (Az.: 7 AZR 443/09).



*Sorglose Sommerpause? Für Lehrer eher nicht: Im Juli und August schnell die Arbeitslosigkeit massiv in die Höhe.*

Foto: Fotolia

Die Umsetzung für den Schulbereich kam prompt: Im März entschied das Arbeitsgericht Gießen zugunsten einer hessischen Grundschullehrerin, die in den zehn Jahren ihres Berufslebens 14 befristete Arbeitsverträge bekommen hatte. Nach Ansicht der Arbeitsrichter hat die Lehrerin nun Anspruch auf einen unbefristeten Vertrag.

Das Thema Kettenverträge für Lehrer war kürzlich abermals Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden, als sich herausstellte, dass die Bundesländer weiterhin ihre Haushalte auf Kosten junger Lehrer entlasten. Im vergangenen Sommer mussten sich zusätzlich rund 5.400 Pädagogen während der Ferienmonate arbeitslos melden und Arbeitslosengeld I oder II beziehen, wie aus einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Häufig waren auslaufende befristete Arbeitsverträge der Grund. Eine Anschlussbeschäftigung ergab sich oft erst mit Be-

ginn des neuen Schuljahres. „Zum Ende der Sommerferienmonate beenden zahlreiche Lehrkräfte, die kurzzeitig arbeitslos gemeldet waren, ihre Arbeitslosigkeit wieder“, heißt es.

Gut ein Drittel des Zuwachses stammte allein aus Baden-Württemberg. Diese Nachricht erregte am Montag Aufsehen, weil auch die grün-rote Landesregierung an der Praxis des Auslaufenlassens von befristeten Verträgen im Sommer festhielt. Doch auch in Bayern, Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein war das Phänomen der Saisonarbeitslosigkeit von Lehrern deutlich erkennbar. In den östlichen Bundesländern trat es abgeschwächt auf. Neben gezielt befristeten Arbeitsverträgen vermutet die Arbeitsagentur Übernahmen von Referendaren hinter dem Anstieg, bei denen bewusst die Sommerferien ausgespart würden.

#### ► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 14. AUGUST 2013

## Konzept für die Lehrerversorgung fehlt!

**Zum neuen Schuljahr hat die Landesregierung ihre Ankündigungen realisiert und nur wenige Lehrkräfte an Realschulen plus eingestellt. Die drastischen Kürzungen werden mit rückläufigen Schülerzahlen begründet. Die Lehrerruweisung zu einzelnen Schulen erfolgte erst sehr spät und führte zu Missmut und Verdross.**

Scheinbar gibt es kein schlüssiges Konzept, die Lehrerüberhänge und Lehrerbedarfe im Sinne der Schulen auszubalancieren. Die im Auftrag der Landesregierung erstellte Klemmstudie versucht die Stelleneinsparungen zu rechtfertigen, stellt aber keine schlüssige Lösung für eine sachgerechte Lehrerversorgung dar. Zudem stehen Pädagogen, deren Verträge zum Ende des Schuljahres nicht verlängert wurden, nun nicht mehr zur Verfügung. Sie haben sich umorientiert und wandern in die Wirtschaft oder in andere Bundesländer ab. Stetiger Aufgabenzuwachs und Personalabbau vertragen sich nicht.

„Nach dem Mainzer Bahnchaos droht uns ein Schulchaos“, befürchtet der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR). In den Schulen wären bereits im letzten Schuljahr dramatische Unterrichtsausfälle entstanden, wenn Lehrer(innen) und Schulleitun-

gen nicht solche Generalisten wären und alles „irgendwie“ aufgefangen hätten.

„Wer nur die Schülerzahlen zusammenträgt und daraus den Lehrerbedarf ermittelt, macht sich die Sache zu einfach,“ kritisiert VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst. „Überhang und Bedarf lassen sich nicht mathematisch gegeneinander aufrechnen. Wird z. B. an einer Schule infolge des demografischen Wandels eine Klasse weniger gebildet, so bedeutet dies nicht, dass ein Hauptfachlehrer ohne Ersatz in den Ruhestand gehen kann.“ Die fehlenden fachbezogenen Neueinstellungen führen dazu, dass gerade die wichtigen MINT-Fächer vermehrt fachfremd unterrichtet werden müssen. Darunter leidet zwangsläufig die Schulqualität.

Um Demotivation und Flickschusterei zu vermeiden, fordert der Lehrerverband ein klares Konzept. Dieses muss mit den Betroffenen und den Lehrerverbänden ohne Vorgaben aus dem Finanzministerium erarbeitet werden. „Die Schulen brauchen eine Versorgung zu 100 plus x %, die Bahn natürlich auch“, stellt Karst klar.

# Von der Föderalismusreform zum Besoldungsföderalismus: Beamte tragen Hauptlast der Schuldenbremse

## Planungssicherheit für den Finanzminister

Wurden in früheren Jahren die Tarifabschlüsse für die nach TV-L Beschäftigten im öffentlichen Dienst meist, wenn auch teilweise mit erheblicher Zeitverzögerung, auf die Besoldung der Beamten übertragen, so hat die Landesregierung durch die Deckelung per Gesetz ab 2012 für „Planungssicherheit für den Landeshaushalt“ gesorgt, wie der Finanzminister den Beamten kühl beschied.

Dabei kalkulierte Carsten Kühl offensichtlich ein, dass ein Absinken des Wohlstandsniveaus aufgrund steigender Lebenshaltungskosten die Folge ist. Die Festlegung der Besoldungserhöhungen in den Jahren von 2012 bis 2016 auf jeweils 1 Prozent durch das „Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ vom 20. Dezember 2011 hat zu einer Abkopplung der Einkommensentwicklung der Beamten in Rheinland-Pfalz von denen

## Besoldungsrunde der Beamten von Ländern und Kommunen 2013/2014

Bundesland	2013		2014		Status
Baden-Württemberg		0 %	01.01.	+ 2,45 %	20.03.2013 - Beschluss der Landesregierung
Bayern	01.01.	+2,65 %	01.01.	+ 2,95 %	04.07.2013 - Gesetz
Berlin	01.08.	+2,0 %		+ 2,5 %	21.09.2012 - BerlBVAnpG 2012/2013
Brandenburg	01.07.	+ 2,45 %	01.07.	+ 1,8 %	08.08.2013 - Gesetzentwurf
Bremen	01.07.	0 %	01.07.	0 %	18.06.2013 - BremBBVAnpG 2013/2014
Hamburg	01.01.	+ 2,45 %	01.01.	+ 2,75 %	28.05.2013 - Pressemitteilung
Hessen	01.07.	+ 2,6 %	01.04.	+ 2,6 %	14.05.2013 - HBVAnpG 2013/2014 - Entwurf
Mecklenburg-Vorpommern	01.07.	+ 2,0 %	01.01.	+ 2,0 %	06.08.2013 - Gesetz
Niedersachsen	01.01.	+ 2,65 %	01.06.	+ 2,95 %	29.05.2013 - NBVAnpG 2013 - Landtagsbeschluss
Nordrhein-Westfalen	01.01.	0 %	01.01.	0 %	16.07.2013 - BesVersAnpG 2013/2014 NRW
Rheinland-Pfalz	01.01.	+ 1,0 %	01.01.	+ 1,0 %	Erhöhung wurde bereits 2011 beschlossen
Saarland	01.09.	+ 2,3 %	01.09.	+1,8 %	Mitteilung der Landesregierung
Sachsen	01.09.	+ 2,65 %	01.04.	+ 2,95 %	21.06.2013 - Gesetzentwurf
Sachsen-Anhalt	01.07.	+ 2,65 %	01.07.	+ 2,95 %	16.04.2013 - LBVAnpG 2013/2014 - Entwurf
Schleswig-Holstein	01.07.	+ 2,45 %	01.10.	+ 2,75 %	21.06.2013 - BVAnpG 2013/2014 - Landtagsbeschluss
Thüringen	01.10.	+ 2,45 %	01.08.	+ 2,75 %	16.04.2013 - Ankündigung Finanzminister
TV-L	01.01.	+ 2,65 %	01.01.	+ 2,95 %	

Legende:

- zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses TZ-L
- im Rahmen der Tarifaufzeit zeitverzögerte aber ansonsten wirkungsgleiche Übertragung
- zeit- und wirkungsgleiche Übertragung reduziert um jeweils 0,2 Prozentpunkte zur Bildung einer Versorgungsrücklage
- keine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung

anderer Bundesländern und im Bund geführt.

Durch die Föderalismusreform 2006 wurde die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Besoldung in die Kompetenz der Länder übertragen. Durch den Besoldungsföderalismus tritt die Beamtenbesoldung von Bund und Ländern und unter den Ländern auseinander. Die Länder stehen nun im Wettbewerb um gute Bewerber für den öffentlichen Dienst. Der Besoldungsföderalismus wird dazu führen, dass besser zahlende Länder einen personell besser ausgestatteten öffentlichen Dienst bekommen werden.

#### Keine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen mehr

Der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion Dauderstädt stellt fest: „Gerade im Zuge der diesjährigen Einkommensrunde ist eine große Bandbreite von Abweichungen vom Tarifergebnis mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu verzeichnen.“

Die Übertragung des Abschlusses der Tarifrunde 2013/14 für die Tarifbeschäftigten (lineare Entgelterhöhung in 2 Stufen: ab 1. Januar 2013: + 2,65 %, ab 1. Januar 2014: + 2,95 %) auf die Beamten wurde nur in Bayern zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten übertragen, andere Bundesländer aber halten noch annähernd Anschluss trotz leichter Zeitverzögerung, Verringerung des Prozentsatzes, oder durch eine Kombination beider Elemente. (Siehe hierzu Tabelle.) Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, das die Erhöhung der Besoldung und deren Festlegung auf die nächsten fünf Jahre bereits 2011 beschlossen hat. Ein solches Vorgehen kann man nur als kühn bezeichnen.

#### Abkehr vom Alimentationsprinzip

Besoldung und Versorgung der Beamten werden bestimmt durch das Alimentationsprinzip. Dieses gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums und verpflichtet den Dienstherrn, Beamten und Versorgungsempfängern einen angemessenen Lebensunterhalt zu zahlen. Zum Alimentationsprinzip gehört auch die unterschiedliche Besoldung entsprechend dem bekleideten Amt und die daraus resultierende Versorgung. Der Dienstherr ist folglich bei der Bemessung der Alimentation nicht frei in seinen Ent-

scheidungen, sondern kann Besoldung und Versorgung nur im Rahmen einer gewissen Bandbreite festlegen. Dieser Ermessensspielraum ist in Rheinland-Pfalz über Gebühr beansprucht worden. Deshalb hat der dbb Musterklagen angestrengt, anhand derer exemplarisch ausgerechnet werden wird, ob das Land seine Beamten nach Inkrafttreten der Reform des finanziellen Dienstrechts und den daraus folgenden Einkommensverlusten im Vergleich mit der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten und mit der Entwicklung der Gehälter der Tarifbeschäftigten angemessen und auf Grundlage des Beamtenrechts alimentiert.

VDR und dbb beamtenbund und tarifunion gehen hier von einem verfassungswidrigen Zustand aus. Das Dienstrechtsänderungsgesetz wurde in einer Zeit relativ moderater Inflationsraten beschlossen. Inzwischen liegt die Inflationsrate allerdings bei zwei Prozent. Zurzeit werden im Bereich der Lebensmittel starke Preissteigerungen im Handel durchgesetzt.

#### Beamte tragen Hauptlast der Schuldenbremse

Die starre Festlegung auf die ein Prozent Besoldungsrunden für Beamte erzeugt Demotivation und ist rechtlich fragwürdig. Der Landtagsabgeordnete Bernhard Henter, CDU, führte in der Landtagsdebatte zur Verabschiedung des neuen Landesbesoldungs- und Versorgungsgesetzes im Juni aus, dass es nicht sein könne, dass „eine Hauptlast der vor dem Hintergrund der sogenannten Schuldenbremse nötigen Konsolidierungsleistungen auf die Schultern der Beamten und Versorgungsempfänger im Landes- und Kommunaldienst gelegt werde.“

**Der VDR fordert: Weg mit der Besoldungsdeckelung – schafft wieder Motivation für Beamte!**

Quelle: <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-It/2013/beamte.html>



## Verabschiedung im Rahmen eines Symposiums zur Unterrichtsentwicklung

Dr. Heinz Klippert war 36 Jahre lang Referent am EFWI. Das Institut würdigte das Wirken des Pädagogen und Lehrerbildners mit einem Symposium unter dem Titel „Unterrichtsentwicklung – aber wie? Befunde und Impulse zur schulinternen Innovationsarbeit“.

Instituts-Direktor Geishardt stellte Klipperts Lebensleistung unter die Formel, dass der Schlüssel für die Schulentwicklung die Unterrichtsentwicklung ist. Klippert merkte an, dass Bildungsstandards noch keinen besseren Unterricht machen, und verdeutlichte, dass die Antworten

auf die Frage „Wie lässt sich die Wirksamkeit von Unterricht steigern?“ noch nicht abschließend geklärt sind.

Heinz Klippert wird sich seinen Idealismus und seinen Weitblick bewahren. Er wird sich weiterhin zu Wort melden – und Gehör finden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel überbrachte die Grüße des VDR-Landesverbandes. Gleichzeitig erinnerte er an Engagement und Projekte, die das Ehepaar mit der Realschule verbinden.



Mit der Realschule verbunden: Doris Klippert, Dr. Heinz Klippert, Wolfgang Wünschel Foto: VDR

## Fortbildung für Personalräte



**VDR-Bezirk Koblenz**  
Am 30. Oktober 2013  
in Treis-Karden

Anmeldung per E-Mail:  
lichtenthaeler-timo@vdr-rlp.de

**VDR-Bezirk Trier**  
Am 30. Oktober 2013  
in Treis-Karden

Anmeldung per E-Mail:  
schneider.erwin@vdr-rlp.de

**VDR-Bezirk Rheinhessen-Pfalz**  
Am 29. Oktober 2013  
in Speyer

Anmeldung per E-Mail:  
radigk.martin@vdr-rlp.de

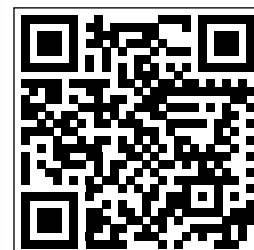
**Schloß-Hotel-Petry**  
St. Castorstraße 80  
56253 Treis-Karden  
Telefon: 0 26 72/93 40  
www.schloss-hotel-petry.de

**Straub Catering Artists**  
Tullastraße 37  
67346 Speyer  
Telefon: 0 62 32/69 99 30  
www.straub-catering-artists.de

[Auf unserer Homepage](#)

Wichtige Infos für neue wie erfahrene örtliche Personalräte:

Jahresplan für die Arbeit des Schulpersonalrats – einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen – oder direkt auf [www.vdr-rlp.de](http://www.vdr-rlp.de) unter ÖPR-Infos nachsehen.





## JUGENDSTUDIE

### Respekt, Ordnung und Leistung stehen hoch im Kurs

Vor einigen Jahrzehnten wollten Jugendliche und Heranwachsende unabhängig sein, waren bereit, gegen die bestehenden Verhältnisse mit Hausbesetzungen und Uni-Streiks aufzubegehren. Wie steht die Jugend heute zu Themen wie Familie und Politik? Welche Werte sind ihnen wichtig?

Eine Studie der „Forschungsgruppe Wahlen“ im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt: Ein Großteil der unter 30-Jährigen weiß vor allem konservative Werte wie Respekt, Leistung und Pünktlichkeit zu schätzen. Auch die Planung ihrer Zukunft ist für die meisten von großer Wichtigkeit, ebenso wie ihre Familie. Die Jugend nähert sich in ihrem Wertesystem und ihren politischen Einstellungen immer mehr den Erwachsenen an – von einem Generationenkonflikt lässt sich kaum noch sprechen.

Ursache könnte sein, dass die Heranwachsenden über die Erfahrungen mit Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen die Welt als unberechenbar wahrnehmen und in eher konservativen Werten wie Fleiß und Leistungsbereitschaft nach Halt, Stabilität und Sicherheit suchen.

*wü/Quelle: „So bürgerlich tickt die deutsche Jugend“ – Die Welt, 9.6.2013 ([www.welt.de/politik/deutschland/article116946779/So-buergerlich-tickt-die-deutsche-Jugend.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article116946779/So-buergerlich-tickt-die-deutsche-Jugend.html))*

## GEWALTSTUDIE

### Verbale Herabsetzung schmerzt Kinder am stärksten

Dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung haben, ist bekannt. Doch viel gravierender für das seelische Wohl der Kinder kann es sein, wenn ihnen ihre Eltern das Gefühl von mangelnder Wertschätzung, ja Missachtung, entgegenbringen.

Die Universität Bielefeld hat im Rahmen der „Gewaltstudie 2013“ 900 Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 16 Jahren zum Thema häusliche Gewalt befragt – mit folgendem Ergebnis: Rund ein Viertel der Befragten gaben an, manchmal oder oft von Erwachsenen geschlagen zu werden. Während intensive körperliche Gewalterfahrungen vor allem in prekären Lagen ausgeprägt sind, ist seelische Gewalt überall zuhause: Ebenfalls ein Viertel der Heranwachsenden berichtete, dass Erwachsene sie verbal herabsetzen, ihnen so das Gefühl von Minderwertigkeit vermitteln.

Den Forschern zufolge wirkt sich diese Art von Herabsetzung besonders negativ auf das Selbstvertrauen und emotionale Wohlbefinden der Kinder aus. Unter Umständen sogar stärker als die Erfahrung körperlicher Gewalt.

Fazit – nicht nur für Eltern: Jedes Kind hat ein Recht darauf, in seiner Einzigartigkeit wertgeschätzt zu werden. Es braucht Liebe und Respekt wie die Luft zum Atmen.

*wü/Quelle: Die Welt, 21.6.2013 ([www.welt.de/116775361](http://www.welt.de/116775361))*

*Link zur Studie der Uni Bielefeld: [www.presseportal.de/pm/34011/2484481/neue-gewaltstudie-schlaege-sind-fuer-ein-viertel-der-kinder-und-jugendlichen-in-deutschland-alltag](http://www.presseportal.de/pm/34011/2484481/neue-gewaltstudie-schlaege-sind-fuer-ein-viertel-der-kinder-und-jugendlichen-in-deutschland-alltag)*

## OHNE WORTE

### Urteil: Keine Werbung mit Erfolgsgarantie bei Tanzkurs

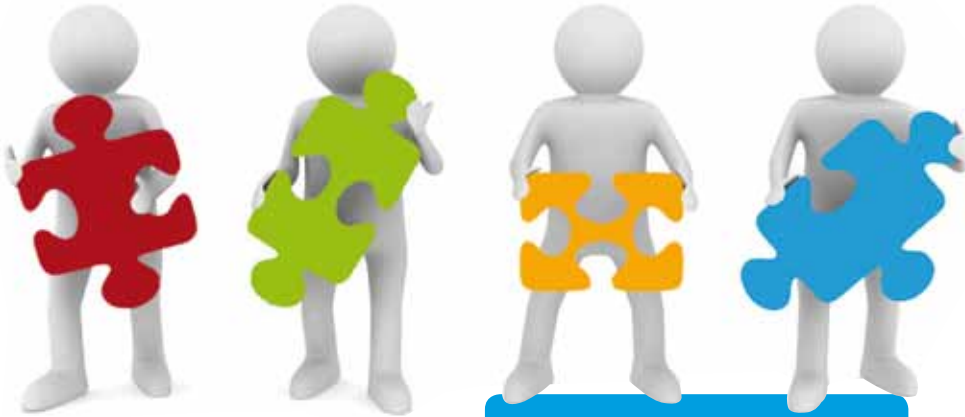
**Hamm.** Eine Tanzschule darf nicht damit werben, dass ihr Unterricht einen Lernerfolg garantiert. Das hat das Oberlandesgericht in Hamm in einem Urteil entschieden. Gestritten hatten sich zwei Tanzschulen in Essen. Die eine hatte mit der Aussage geworben: „garantieren wir ... den ... Lernerfolg“. Dagegen hatte die andere geklagt (Az.: I-4 U 171/12). Der Lernerfolg hängt laut Gericht maßgeblich vom Schüler ab.

*Eich/Quelle: dpa*



► „IT'S COOPERATION, STUPID!“

# Kooperationsformen im Schulalltag verankern



Die Diplom-Soziologin Nina Krämer hat im Rahmen ihrer Dissertation untersucht, wie an einer Realschule plus interne Kooperationsprozesse initiiert werden können. Für *Reale Bildung in Rheinland-Pfalz* hat sie ihre ersten Ergebnisse zusammengefasst. Frau Krämer beschreibt dabei verschiedene Variationen von innerschulischen Kooperationen in Verbindung mit den Ergebnissen ihrer Fallstudie zur Realschule plus. Wir drucken an dieser Stelle einen Auszug ihres Beitrags ab. Sie können den gesamten Beitrag auf unserer Homepage nachlesen.

## Konkrete Umsetzungsbeispiele an einer Realschule plus

Die untersuchte Realschule plus geht aus dem Schulversuch Duale Oberschule (DOS), als Form der Regionalen Schule, hervor, die sich wiederum aus der Fusionierung zweier Hauptschulen zusammensetzte. (...) Mit zunehmender kognitiver Unterschiedlichkeit der Schülerklientel sowie einem hohen Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher werden neue Formen der Zusammenarbeit (wie Team-Teaching, intensivere fachliche Abstimmungen, Austausch von Hintergrundwissen zu einzelnen Schülern etc.) verstärkt in den Vordergrund gerückt. Als Beispiele für eine gelungene Kommunikationskultur, die als eine Voraussetzung für das gemeinsame Unterrichten gesehen wird,

## INFO

Im Zeitraum von November 2010 bis März 2012 wurden insgesamt 32 LehrerInnen, Schulleitungsteam und Akteure aus dem direkten schulischen Umfeld (z. B. Schulsozialarbeit, Schulaufsicht etc.) mittels Leitfaden befragt, flankierend erfolgte der regelmäßige Besuch von Dienstbesprechungen sowie die Analyse schulinterner Dokumente. Im Fokus der Analysen stehen einerseits die Umsetzung politischer Rahmenbedingungen und andererseits die Möglichkeiten schulischer Selbst-Gestaltung.

nennen die Befragten folgende Erfolgsfaktoren:

- Rückhalt unter KollegInnen (MK15\*),
- Zuverlässigkeit und das Feedback unter KollegInnen schätzen (WH8\*),
- Lehrämter und Lehrerkulturen in ihrer Unterschiedlichkeit tolerieren (FR6\*),
- ein offenes Ohr für andere haben und Vermittler bei Konflikten sein (IP6\*),

- privat miteinander Zeit verbringen (WH8\*).

(...) Der Austausch von Materialien oder das gemeinsame Aufsetzen von Unterrichtsentwürfen und Parallelarbeiten werden als Notwendigkeit und Arbeitserleichterung gesehen. (...) Zusammengefasst haben sich drei Akteurskonstellationen herauskristalliert:

1. „Ping-Pong“: Gemeinsames Unterrichten als Idealtyp, symmetrische Beziehung der beiden Akteure.
2. „Wechselseitiges Unterrichten“: Das wechselseitige Unterrichten der Klasse erfolgt nach vorab festgelegten Zeitabschnitten (z. B. Teilung der Unterrichtsstunde, Wechsel nach einer Unterrichtsreihe).
3. „Lehrer und Hilfslehrer“: Der Regelschullehrer unterrichtet, während der Hilfslehrer untergeordnete Tätigkeiten ausführt (Hausaufgabenkontrolle, Klassenbuchführung etc.), oder sich aber um die 1:1 Betreuung kümmert, wenn dies nötig sein sollte.

Die Bewertung der Zusammenarbeit wird von allen Beteiligten als Bereicherung erlebt. Besonders die FachlehrerInnen sehen ihren pädagogischen Horizont durch ein Team-Teaching erweitert (WH8, MR18, MR20\*), Organisation und Durchführung des Unterrichts werden als entlastend er-



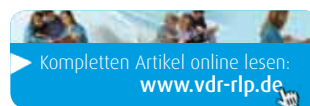
Foto: Privat

### Autorenangaben

Dipl.-Soz. Nina Krämer hat an der Universität Trier Soziologie und Volkswirtschaftslehre, mit den Schwerpunkten Bildung und Kultur sowie Absatz, Markt, Konsum studiert. Nach mehrjähriger Mitarbeit in universitären Forschungsprojekten, arbeitet sie derzeit, neben ihrer beruflichen Tätigkeit im Bundesprogramm Lernen vor Ort, an ihrem Promotionsvorhaben zur Schulischen Selbstgestaltung am Beispiel der Realschule plus (Arbeitstitel).

Kontakt: [kraemern@uni-trier.de](mailto:kraemern@uni-trier.de)

lebt, man muss nicht jede Entscheidung als Einzelkämpfer mit sich alleine austragen (WH13, MF19\*). Gleichzeitig wird aber auch eingeräumt, dass gerade zu Beginn eines gemeinsamen Unterrichts viel Zeit und Einsatz in die Abstimmung investiert werden müssen (FR6, WF17\*). Auch müssen sich die Beteiligten über mögliche Hemmschwellen im Klaren sein (z. B. Konflikte im Hinblick auf das Einhalten von Lehrplänen, vor dem Kollegen unterrichten etc.), die nur mit einer offenen Haltung und der Forderung nach Feedback überwunden werden können (FR6, WH13, WF17, MR18\*).



\* **Hinweis:** Die Abkürzungen dienen der Codierung bzw. Anonymisierung der Interviewpartner.

### Literatur- und Quellenangaben:

Berkemeyer, Nils (2011): Unterstützungssysteme der Schulentwicklung zwischen Konkurrenz, Kooperation und Kontrolle. In: Altrichter, Herbert; Helm, Christoph (Hrsg.): Akteure und Instrumente der Schulentwicklung. Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler. S. 115-127.

Boller, Sebastian (2009): Kooperation in der Schulentwicklung. Interdisziplinäre Zusammenarbeit in Evaluationsprojekten. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Kuper, Harm; Kapelle, Nicole (2012): Lehrerkoope-ration aus organisationssoziologischer Sicht. In: Baum, Elisabeth; Idel, Till-Sebastian; Ullrich, Heiner (Hrsg.): Kollegialität und Kooperation in der Schule. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Springer VS, Wiesbaden. S. 41-50.

Pöbstel, Christian-Harry; Soltau, Andreas (2012): Wieso Lehrkräfte (nicht) kooperieren – Die Bedeutung „personaler Faktoren“ in der Zusammenarbeit am Arbeitsplatz Schule. In: Baum, Elisabeth; Idel, Till-Sebastian; Ullrich, Heiner (Hrsg.): Kollegialität und Kooperation in der Schule. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Springer VS, Wiesbaden. S. 55-75.

Schütt, Sabine (2012): Kooperation in der Schule. Eine Untersuchung der Orientierungs- und Handlungsmuster von Lehrern. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main.

Krämer, Nina: Veränderte Rollenanforderungen im Lehrberuf. Gastvortrag im Rahmen der Vorlesung „Sozialisation und Schule“ am 12.07.2012, Universität Trier.





„Happy Birthday!“

Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

## Bezirk Neustadt

<b>85. Geburtstag</b> Karl-Heinz Kühfuß Gerhard Schreinert	8. August 13. Juli
<b>83. Geburtstag</b> Gerda Erbacher	17. September
<b>78. Geburtstag</b> Karl-Heinz Walz	19. Juli
<b>77. Geburtstag</b> Lothar Wipfler	3. Juli
<b>76. Geburtstag</b> Wolfgang Held Manfred Schäfer	28. August 12. Juli
<b>75. Geburtstag</b> Reinhard Hoffmann	30. August
<b>74. Geburtstag</b> Peter Bung Ursula Frank Gert Hörner Johannes Kretkowski Waltraud Lotz Eberhard Schneider	11. Juli 30. Juli 15. September 30. September 24. August 15. Juli
<b>73. Geburtstag</b> Wolfgang Friebe Ingrid Schappert Wiltrud von Scharpen	24. September 29. Juli 10. September
<b>72. Geburtstag</b> Alois Bardens Hermann Kölsch	14. August 30. August
<b>71. Geburtstag</b> Dieter Hoffmann Horst Korber Hermann Martin Werner Schmitt	16. September 28. September 26. September 23. August
<b>70. Geburtstag</b> Ilona Böhm Hartmut Hoenes Günne Rotraut Schmedt Ulrike Schwentker	4. Juli 3. August 21. August 26. August

## Bezirk Koblenz

<b>83. Geburtstag</b> Alfons Gerharz	22. August
<b>79. Geburtstag</b> Werner Freisberg	19. August
<b>78. Geburtstag</b> Hiltrud Schumacher	21. September
<b>77. Geburtstag</b> Rolf Schatto Johannes Wickler	9. Juli 24. August
<b>75. Geburtstag</b> Wilfried Baus Walter Heinz	4. August 22. Juli
<b>73. Geburtstag</b> Alois Kurth	29. September
<b>72. Geburtstag</b> Jürgen Hatzmann	5. Juli
<b>71. Geburtstag</b> Helmut Lenarz Heinz Georg Lipp	10. August 3. September

## Bezirk Trier

<b>90. Geburtstag</b> Leo Michels	13. September
<b>80. Geburtstag</b> Elisabeth Hempelmann Hartmut Konz	28. Juli 19. September
<b>79. Geburtstag</b> Marlene Schamel	7. August
<b>76. Geburtstag</b> Karl-Heinz Dahlke Hermann Erschens	1. Juli 12. September
<b>75. Geburtstag</b> Hans Karl Wimmer	23. Juli
<b>74. Geburtstag</b> Rüdiger Lancelle	2. Juli
<b>73. Geburtstag</b> Ilse Becker Martha Mutscheller	9. September 27. August
<b>71. Geburtstag</b> Carola Stern-Gilbaya	24. September


 KlarText!

## Eine Schulfahrt, die ist...

### lustig? wichtig? sinnvoll? lehrreich? kostspielig?

Zumindest theoretisch sind Schulfahrten fest im Schulrecht verankert. In der VV „Richtlinien für Schulfahrten“ vom 4.11.2005 gelten sie „als wichtiger Bestandteil des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags“. Ernsthaft wird dies auch von niemandem bestritten. Schüler, Lehrer, Eltern: Schulfahrten finden alle gut. Ein rechtlicher Rahmen bietet Unterstützung. Er sollte auch die Kostenfrage eindeutig regeln. Sollte, aber hier ist der Dienstherr nicht konsequent und übt indirekt Druck auf die Lehrkräfte aus!

Jede Schulfahrt gilt als Dienstreise bzw. Dienstgang (VV, 8.2). Beteiligte Lehrkräfte (und Begleitpersonen) haben daher Anspruch auf Reisekostenvergütung (siehe VV „Reisekostenvergütung für Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen aus Anlass von Schulfahrten“ vom 23. Juli 2003). Tatsächlich hat sich der Gesetzgeber jedoch einige Vorbehalte gesichert. So erfolgt die Reisekostenvergütung „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ (VV, 8.2). Praktisch bedeutet das, dass eine Vergütung reduziert werden oder gar ganz entfallen kann, wenn keine ausreichenden Mittel vorhanden sind. Eine Klassenfahrt muss deswegen aber noch lange nicht ausfallen: Nein, an den Kosten sollen Schulfahrten laut Landesreisekostengesetz (§3, Abs. 1) nicht scheitern – zumindest nicht solange Lehrkräfte bereit sind, Dienstreisen aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Es ist verständlich, dass viele Kolleginnen und Kolle-

gen im Interesse ihrer Schüler auf Reisekostenvergütung verzichten oder ihre Ausgaben kleinrechnen. Richtig ist es aber nicht.

Hier werden die Rollen verkehrt. Würden die Lehrkräfte darauf beharren, dass sie nicht noch dafür bezahlen, ihre Arbeit erledigen zu dürfen, gäbe es kaum mehr Klassenfahrten. Oft genug sehen sich Lehrerinnen und Lehrer in diesem Zusammenhang dem Vorwurf ausgesetzt, es ginge ihnen um egoistische und kleinliche Pfennigfuchserie.

**KlarText:** Das Thema Schulfahrten ist ein weiterer Beleg dafür, dass unser Dienstherr versucht, sich seinen Fürsorgepflichten zu entziehen. Ob Schulfahrten, Beihilfe, Gehälter, Mehrarbeit u. v. m. – immer sollen die Lehrkräfte die Zeche zahlen. Das ist nicht in Ordnung! Bezüglich der Schulfahrten gilt es, rechtliche Schlupflöcher zu schließen. Das ist ein Gebot von Gerechtigkeit und Fairness. Und den Schulfahrten käme das auch zugute.

Andreas Hinrichs




# Beitrittserklärung

**Verband Deutscher Realschullehrer  
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich  
Schatzmeister Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12/9 65 73 31  
E-Mail: schatzmeister@vdr-rlp.de**

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule/Dienststelle	Prüfungsfächer	

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A16  A15  A14  A13  A12  TV-L ...

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden

Ich bin Lehramtsanwärter/in  Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

## Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum 1. .... 20..... erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o. g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

## VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

### Ab 1. April 2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
Beamte	A 16		15,50
	A 15		14,50
	A 14		13,-
	A 13		12,-
	A 12	oder darunter	11,-
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
	A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
	Lehramtsanwärter		3,-
	Pensionäre		6,-
Angestellte	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte:	6,-
	TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
	Rentner		6,-

### Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 - 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

### Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

### Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepaare (ein Vollzahler + 6 €).

### Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19. Mai 2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 1. Februar 2012 auf den ermäßigten Beitragssatz von 3,- € festgelegt.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**





Verband Deutscher Realschullehrer  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

„Das passt zu mir!“



## Reale Bildung stärken

Unterschiedliche Bildungswege in das Berufsleben fördern individuelle Talente. Und sind eine kluge Strategie für unser Bildungssystem.

Reale Bildung in Rheinland-Pfalz. Dafür steht der VDR.



„like us“ auf facebook.com: VDR RLP

[www.vdr-rlp.de](http://www.vdr-rlp.de)